

# BICKER ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ  
der Central-Krank- und Sterbe-Kasse der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Kollegen Deutschlands!

In mehreren Städten stehen unsere Kollegen im Lohnkampf! Die Streikbrecheragenten versuchen überall ihr schmutziges Gewerbe zu betreiben! Sie wollen sich für alle Fälle Streikbrecher werben, die bereit stehen sollen, nach jeder beliebigen Stadt transportiert zu werden, um dort ihren kämpfenden Kollegen als Verräter in den Rücken zu fallen!

Kollegen! Wer es ehrlich mit sich selbst und seinen Nebenmenschen meint, der gebe sich nicht dazu her, zum Verräter an seinen eigenen und unserer Kollegen Interessen zu werden!

Zeigt diesen Streikbrecheragenten, daß Ihr soviel Ehrgefühl und Klassenbewußtsein habt, um Euch nicht zu solchen schmutzigen Judasdiensten herabwürdigen zu lassen!

Statt dessen werdet und werbet Mitglieder und Mitkämpfer für unsern Verband, damit wir überall in den Kämpfen Sieger bleiben werden!

Zuzug ist fernzuhalten nach Berlin, Frankfurt a. M., Kiel, Lübeck und Wien!

## Die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus.

Seit Beginn der modernen kapitalistischen Produktionsweise ist seitens einflussreicher Sozialpolitiker und speziell seitens der Anhänger des sozialistischen Gedankens sehr häufig auf die Verheerungen hingewiesen worden, die der Kapitalismus unter den Völkern angerichtet hat. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß er der Welt manche Vorteile gebracht und die Produktivkraft der menschlichen Arbeit mächtig gesteigert hat, so läßt sich doch andererseits nicht verkennen, daß das auf die Spitze getriebene kapitalistische System einen kulturfeindlichen Charakter trägt. Dies darf uns nicht Wunder nehmen, da es den privaten Egoismus pflügt auf Kosten des Allgemeininteresses. „Erst komme ich und dann komme ich noch einmal und dann kommt ihr anderen noch lange nicht!“ so lautet der Wahlspruch eines eisten Kapitalisten. Diese antisoziale Gesinnung des Kapitalismus tritt so recht deutlich in die Erscheinung in einem Vorgange, der sich augenblicklich im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet abspielt und die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zieht. Es dürfte auch für unsere Kollegen von Interesse sein, sich über diese neueste kapitalistische Leistung zu orientieren, weshalb wir die Sache in kurzen Zügen darlegen wollen.

Die Kohlenzechen im Ruhrgebiete haben sich seit über zehn Jahren zu einer Vereinigung zusammengetan, die unter dem Namen „Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat“ den Zweck verfolgt, den früher planlos betriebenen Kohlenbergbau zu regulieren und dadurch rentabler zu machen. Die Stetigkeit der bergbaulichen Entwicklung und der feste Preisstand der Kohlen lassen sich dadurch ermöglichen, daß das Angebot von Kohlen auf dem Markte nicht größer ist, als die Nachfrage oder mit anderen Worten, daß nicht mehr Kohlen produziert (gefördert) werden, als abgekauft werden können. Die Leitung des Syndikats hat beschlossen jeder einzelnen Zeche vorgeschrieben, wie viel Tonnen Kohlen sie monatlich fördern darf. Diese Vorschriften haben die Kohlen genau zu beachten; um anderes haben sie sich nicht zu tun, wenn denn die Syndikatsleitung ihnen die Kohlen zu den höchsten Preisen ab

und vermittelt den Verkauf. Je höher also die Beteiligungsziffer einer Zeche ist, desto höher ist ihre Einnahme und deshalb auch der Gewinn der Aktionäre. Die Festsetzung dieser Beteiligungsziffer hat seit langem zu Reibereien und Zwistigkeiten innerhalb des Syndikats geführt. Die großen Zechen nördlich der Ruhr, die mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik ausgerüstet sind, können weit mehr Kohlen produzieren, als ihnen das Syndikat erlaubt; sie haben deshalb immer von neuem eine Erhöhung der Beteiligungsziffer verlangt, sind aber von der Syndikatsleitung konsequent abgewiesen worden, weil letztere auch die Interessen der mittleren und kleineren Zechen zu vertreten hat und natürlich nur ein bestimmtes Quantum Kohlen gebrauchen kann.

Die großen Zechen gingen deshalb bereits mit dem Gedanken um, aus dem Syndikat auszutreten, haben diesen Plan aber aufgegeben, weil sie befürchten mußten, daß dann eine furchtbar anschwellende Ueberproduktion Platz greifen und ein kolossaler Preissturz eintreten werde. Sie haben deshalb einen anderen Weg eingeschlagen, indem sie andere, kleinere Zechen ankauften und deren Beteiligungsziffer zu ihrer eigenen schlugen. Die Sache kostete allerdings ein schönes Stück Geld, aber die Herren haben ja einen großen Geldbeutel und mußten, daß sie diese einmalige Ausgabe mit Gewinn wieder hineinbringen würden. Um ihre eigenen Miesenbetriebe auszunutzen, haben sie die angekauften Zechen einfach stillgelegt, d. h. außer Betrieb gesetzt und die darin beschäftigten, nach Tausenden zählenden Bergleute abgekehrt, d. h. entlassen. Das Quantum Kohlen, das diese Zechen früher lieferten, haben die Käufer übernommen, da es für sie ein Spiel ist, größere Quantitäten Kohlen auf den Markt zu werfen. Auf diese Weise haben die „Herren vom großen Geldbeutel“ der Syndikatsleitung ein Schnippen geschlagen und Millionen und abermals Millionen verdient. Und darauf kam es ihnen ja auch nur an.

Vom Standpunkte des Kapitalismus aus muß diese Handlungsweise als eine konsequente Durchführung des kapitalistischen Prinzips des Privateigentums bezeichnet werden und man darf füglich das Genie dieser Geldleute bewundern, die es so meisterhaft verstehen, den Geldstrom in ihre eigene Tasche zu leiten. Leider leben aber noch andere Leute, wie die Kapitalisten, die von dieser Wendung der Dinge weniger angenehm berührt werden. Durch das Stilllegen der Gruben droht nämlich dem ganzen Ruhrtales die Gefahr der Verödung. Zunächst werden die 23 000 Bergleute der Bezirke Witten und Hattingen zur Abwanderung gezwungen. Wenn sie auch vielleicht anderswo wieder Arbeit bekommen, so werden sie doch bedeutend geschädigt, da sie meistens landfäsig sind und keine Häuser mit Gärten besitzen, die sie im Stiche lassen müssen. Was wird nun aus ihrem mühsam erworbenen Besitze? Wo finden sich Käufer oder Pächter für das wertlos gewordene Besitztum? Diese Betriebsstätten werden direkt expropriert und proletarisiert. Und was wird aus den anderen Vermögensständen in dieser Gegend, wenn die Bergleute abgewandert sind? An wen sollen die Landwirte, Handwerker, Geschäftleute ihre Waren absetzen? Ist es da ein Wunder, daß eine furchtbare Erregung das Ruhrtal durchzittert, die sich in zahllosen Protestversammlungen Luft macht? Kann man es der Bevölkerung verdenken, daß sie vom Staate fordert, er solle sie vor dem wirtschaftlichen Ruin, vor der Vernichtung ihrer Existenz schützen?

Hier zeigt sich die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus in hellstem Lichte, hier tritt seine antisoziale Tendenz ganz deutlich hervor. Es liegt offenbar ein Mißbrauch des Kapitals vor, der für Tausende von Menschen eine geradezu vernichtende Wirkung ausüben wird. Tausende von Existenzen werden kalblütig auf dem Altare des Großkapitals geopfert, damit einige wenige Prozen zu Millionären gemacht werden. Da sieht man so recht den Segen des Jüchens von Millionen, das Jüch

ard einjmal für eine Aufgabe des Staates erklärte. Daß einem derartigen kapitalistischen Unfug, einem derartigen Verbrechen an der Gesellschaft energisch entgegengetreten werden muß, kann keinem Zweifel unterliegen. Die Gesellschaft braucht es sich wirklich nicht gefallen lassen, daß eine Handvoll Kapitalisten sie als leichte Beute behandelt. Aber was soll geschehen? — das ist die Frage.

Die erregten Arbeitermassen drohen mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, doch warnen die Führer mit Recht vor allen unüberlegten Schritten. Ein Streik käme den Kapitalisten wahrscheinlich ganz erwünscht, sie würden dann die „unrentablen“ Zechen einfach stilllegen und die streikenden Arbeiter noch obendrein für die Stilllegung verantwortlich machen. Da also auf diese Weise nichts zu erreichen ist, so ertönt immer lauter der Ruf nach einem Eingreifen des Staates. Es heißt allgemein, es sei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Staatsverwaltung, es nicht zu dulden, daß ganze Distrikte ihrer bisherigen sozialwirtschaftlichen Tätigkeit entzogen werden. Natürlich werde dies Eingreifen, so schreibt die bürgerliche Presse, nicht möglich sein, ohne dem starren Begriff des Privateigentums einige Risse zu veretzen; aber der Begriff des Privateigentums habe ja ohnehin schon im Laufe der geschichtlichen Entwicklung mannigfache Schwankungen erlitten und sei stets einem Wandel im sozialen Sinne unterworfen gewesen; wenn es den Privatkapitalisten freistünde, Betriebe anzukaufen, um sie eingehen zu lassen, so müsse dem Staate unbedingt das Recht zustehen, diese Betriebe zwangsweise anzukaufen, um sie im Gange zu erhalten und dadurch Tausende von Existenzen zu sichern. „Das Vorgehen des Kohlen-Syndikats“, so schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ am Schluß eines Artikels, „zeigt wieder einmal mit vollster Deutlichkeit, daß der Staat ein schweres Unrecht begeht, wenn er die Ausbeutung der wichtigsten Mineralreichtümer, der Kohlen, dem Privatkapital überläßt, das sich in seinen Maßnahmen in keiner Weise durch irgendwelche Rücksichten auf die Allgemeinheit, geschweige denn auf die spätere Zukunft, bestimmen läßt.“ Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zuzammenfassung der Kohlenbergwerke in Zukunft noch zu weit größeren Schädigungen der Allgemeinheit führen und daß sich die Ausbeutung des Volkes durch das Syndikat noch erheblich steigern wird. Darum sollte man heizzeiten daran denken, die Kohlenreichtümer, die nach deutsch-rechtlicher Auffassung ohnehin der Allgemeinheit gehören, unter staatliche Kontrolle zu bringen.“ Das heißt mit anderen Worten: Der Bergbau muß verstaatlicht werden.

Man sieht, daß auch in antibürgerlichen Kreisen sozialistische Gedanken aufstauen, wenn die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus zu grell in die Erscheinung tritt. Der Sozialismus hat von seinem Entstehen an die Forderung gestellt, daß unter Aufsichtnahme des Staates die Produktion durch und für die Gesellschaft geschehen müsse. Jeder, dem das Gemeinwohl höher steht, als das Privatinteresse der Kapitalisten, wird dieser Forderung eine Berechnung nicht absprechen können. Man darf gespannt sein, was der Staat nun wird, um die Verheerungen zu beseitigen, die eine profitgierige Kapitalistenclique angerichtet hat; wenn er auch diesmal wieder das beliebte Rezept anwenden wird: „Wah! den Pels, aber mach ihn nicht na!“ so dürfte bei der ganzen Geschichte nicht viel herauskommen. Wir befürchten sehr stark, daß der heutige, kapitalistisch durchdrachte Staat gegen das Großkapital ohnmächtig ist. Wie die diesbezüglichen Verhandlungen im preussischen Landtage und im deutschen Reichstage gelehrt haben, hat die Bevölkerung des Ruhrgebiets wenig Aussicht auf Hilfe. Die Regierung wird eine Untersuchungskommission ernennen und Erwägungen anstellen und die bürgerlichen Parteien zuden bedauernd die Achseln — geschulden wird aber gar nichts. Wenn die Sache nicht gar zu traurig wäre, so könnte man darüber lachen.



**Der Arbeitsmarkt im Monat März.**

Nach den vom „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Berichten hat der Monat März eine weitere Steigerung der an sich nicht unangenehmen Lage des Arbeitsmarktes gebracht, die mit der vollen Wiederaufnahme der Montagetätigkeit und der erhöhten Tätigkeit in anderen Industrien im Zusammenhang steht und alljährlich in ähnlicher Weise eintritt. Im Vergleich mit dem März des Vorjahres war die Lage des Arbeitsmarktes nicht unwesentlich günstiger. In der Eisenindustrie herrscht flottes Geschäftsgang, Textilindustrie, Kohlenbergbau, elektrische Industrie sind gut beschäftigt, allenfalls ist ein Aufschwung eingetreten, mit dem eigentlich die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf nicht stimmt. Allgemeine Angaben über die Lage in unserem Beruf liegen nicht vor, doch kann man bei den Facharbeitsnachweisen vorhandenen Ueberangebot von Arbeitskräften entnehmen werden, daß die Bäckereiarbeiter ziemlich schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Einen weiteren Beleg hierfür liefert das Ergebnis der Fällung der arbeitslosen Mitglieder unseres Verbandes, nach welcher am 1. April 583 Arbeitslose gezählt wurden. Dem Prozentsatz der beteiligten Verbände nach steht hierbei unter Verband mit 7,9 Prozent Arbeitslosen an vierhöchster Stelle.

Von den am das kaiserl. statist. Amt berichtenden Arbeitsnachweisen sind im Laufe des Monats März rund 149.000 Gesuche männlicher Arbeiter, rund 107.000 offene Stellen und 82.000 Vermittlungen für solche gebucht worden. Auf weibliche Personen entfallen rund 34.000 Stellenangebote, 53.000 Stellen und 26.000 Vermittlungen. Diese Zahlen sind jedoch mit allem Vorbehalt aufzunehmen, da sie ein sicheres Bild der tatsächlichen Lage nicht bieten.

Eine genauere Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit gibt die Zusammenstellung der einzelnen Facharbeitsnachweise. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres zeigt sich bei den Facharbeitsnachweisen unseres Berufs eine Zunahme der Arbeitsgesuche um 670, der offenen und besetzten Stellen um 104.

Bei den einzelnen Nachweisen wurden gebucht:

Arbeitsnachweis	Arbeitsgesuche	offene Stellen	besetzte Stellen	unter Ausschluß Stellen
Bäckermeister Ostpreußen	76	60	60	?
Bäckerinnung Concordia, Berlin	139	138	138	20
Bäckerinnung Germania I, Berlin	635	329	329	147
Bäckerinnung Germania II, Berlin	558	367	367	84
Verband der Bäcker, Berlin	191	53	53	47
Gewerksmäßiger A.-M., Berlin	235	153	153	?
Bäckerinnung Braukon	239	239	238	59
Frankfurt a. D.	73	16	16	—
Boisdam	44	27	25	3
Stettin	47	57	57	—
Hannover	92	84	84	?
Frankfurt a. M.	78	42	42	?
Eberfeld	40	42	40	10
München	474	205	195	?
Karlsruhe	70	43	32	3
Chemnitz	157	127	127	21
Dresden	272	272	272	39
Leipzig	364	305	305	35
Gewerksverein d. Bäcker Leipzig	190	146	146	144
Bäckerinnung Stuttgart	172	128	128	?
Freiburg	44	44	40	?
Weidberg	58	17	17	—
Kolmar	23	23	23	—
Mannheim	104	88	88	?
Worms	68	69	69	—
Lübeck	35	14	14	—
Hamburg	422	412	412	157

Von den Innungsnachweisen der Städte Halle, Köln und Darmstadt sind keine Angaben eingelaufen. Das Angebot von Arbeitssuchenden übersteigt das Angebot der offenen Stellen teilweise ganz beträchtlich. Hierzu kommt, wie die Tabelle ausweist, daß eine ganze Anzahl der vermittelten Stellen nur ausnahmsweise Beschäftigung boten. Insgesamt wurden bei den Facharbeitsnachweisen der Bäckerinnungen bzw. 5239 Arbeitsuchende eingetragen, 5239 Stellen angemeldet und 3778 Stellen vermittelt. Von 5239 Stellen sind gemeldet, daß es Anstellungen waren. Die höchste Arbeitslosigkeit zeigt sich in Berlin, in Baiern und in Württemberg.

**„Zum Grupel“**

besteht sich ein Artikel in dem „Zentralblatt für Bäcker und Konditoren“, in dem die Stellung der Arbeitgeber zu unseren Lohnbewegungen eingehend beleuchtet wird. Wir sind es ja nun gewohnt und deshalb wundern es uns auch nicht, daß, wenn die Kollegen irgend eines Landes in eine Lohnbewegung eintreten, um sich bessere Existenzbedingungen zu erringen, sofort die Innungsblätter und mit ihnen — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — die gesamte bürgerliche Presse darüber herfällt, um es zu einer Wort- und Nachfrage zwischen Sozialdemokratie und Innungsgewerkschaft zu kommen. Das kann nicht anders sein, denn die „Bewegung“ ist bekanntlich abgeklammert, in so bekannter Weise die „Bewegung“ der „Arbeitsnachweise“, welche immer berichtet muß, um auch die Klärung der übrigen, ja gerade der „Bewegung“, „Bewegung“ des Lohn- und Lohnbewegungen und die „Bewegung“ eines „Arbeitsnachweises“, zu helfen. Der Artikel behandelt deshalb die Innungen, nicht zu bemerken, denn würde die Gewerkschaftsorganisation übernehmenden Charakter auf den Arbeitsnachweis erhalten und ihn in der bekannten unangenehmen, nicht zu beseitigen Weise behandeln, so würde dies den „Arbeitsnachweis“ des Berufs sehr schaden. Als abschließendes Beispiel wird die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn angeführt, wo die Innungen sofort herbeigeeilt sind und sich zu Gunsten der Gewerkschaften ausgesprochen haben. (Für Beschaffung der letzten von „Arbeitsnachweise“ ist dies neu. 2. Teil.)

Der „Arbeitsnachweise“ hat bei Redaktion der „Arbeitsnachweise“, Herr Jul. Steiner, ein Buch über die „Arbeitsnachweise“ und darüber in dem Verein der Wiener Gewerkschaften (2. Teil) herausgegeben, wo man bei „Arbeitsnachweise“, die „Arbeitsnachweise“ unter Umständen in allen Fällen zu finden ist.

werden die Anzeigen der Arbeiter über Uebertretungen seitens der Meister gerichtet, und von hier aus gehen dann Anzeigen zur Behörde, welche bei uns vor den Sozialisten einen heillosen Respekt zu haben scheint, da dem denunzierenden Arbeiter nur zu gerne ein williges Ohr geliebt, und dann auf die armen Bäckereimeister unbarbarisch darauf losgestraft wird.

Jeder Arbeiter muß Mitglied dieser Organisation sein und wöchentlich 10 Kr. für das Fachblatt, welches alle 14 Tage erscheint, einzahlen und 10 Kr. wöchentlich Beitrag entrichten.

Wer nicht gehorcht und sich weigert mitzutreten, wird kopflos, und so kommt es, daß in diesen Fällen Arbeiter, welche durch 6—10 Jahre und länger ihrem Arbeitgeber treu ergeben waren, plötzlich von dem Meister auf Befehl seiner Arbeiter entlassen werden mußten.

Beide dem Meister, der sich nicht fügt, die Leute stellen sofort die Arbeit ein und verhindern auch andere ihrer Genossen dort in Arbeit zu treten. Es wird seitens der Arbeiter in den Abendstunden das Geschäft von 100 und mehr Arbeitern umstellt, und jeder Arbeiter, der dorthin arbeiten gehen wollte, wird auch eventuell mit Gewalt daran gehindert.

Polizeiliche Hilfe oder Unterstützung verlangen sie umsonst, denn sie erhalten die Auskunft: „Bitte für jeden Polizisten die Gebühr von 1 Fl. 80 Kr. zu zahlen, dann geben wir Ihnen auch 100, aber gratis geht es nicht.“

Jetzt muß noch der arme Meister nach Hause eilen, und ist voll Angst, ob man ihm nicht einweilen die Fenster zertrümmert hat.

In den Auslagen mißliebiger und renitenter Bäckereimeister gewordene Flaschen mit Spiritus oder Terpentin, Steine, in den Teig gemischtes Petroleum oder mit Terpentin überzogenes Gebäck usw. sind nichts neues mehr.

Jedoch sind die Täter nie zu finden, und die Umshandlung wird jedesmal resultatlos eingestellt, da der Täter nicht ermittelbar ist.

Und so zittern die Meister heute förmlich und dürfte es sehr schwer sein, den Frieden zwischen Meister und Gehilfen jemals, so wie es wünschenswert und für unser Gewerbe höchst notwendig wäre, gänzlich herzustellen.

Seit dem letzten Streik sind die Verhältnisse noch schlechter, unhaltbarer und so ekelhaft geworden, daß viele die Stunden verfluchen, wo sie dies früher so geeignete Handwerk erlernten.

So zum Beispiel wurde die 10stündige Arbeitszeit beim letzten Streik gefordert und auch durchgeführt, und dies gibt zu Vorfällen Anlaß, von welchen ich ein paar Beispiele angeben will.

Da das Bäckergewerbe, wie jeder Fachmann wissen wird, kein derartiges Gewerbe ist, wo sich eine genaue Arbeitszeit bestimmen, oder gar einhalten läßt, so hat dies oft die unangenehmsten Folgen.

In einer großen Bäckerei, wo sogar auf Abwechslung gearbeitet wird, nämlich 2 Knappel a 12 Stunden, erhielt der Arbeiter für über zehnständige Arbeit „Stundengeld“.

Eines schönen Tages stellten die dort beschäftigten Arbeiter die Forderung, der Meister möge 2 und 2 Mann mehr in Arbeit stellen.

Dies Verlangen hielt der Meister ebenso wie auch die beiden Vorarbeiter für nicht gerechtfertigt. Die Leute kamen abends schon nicht mehr nach Hause und der Bäcker wurde in den Fachverein der Gehilfen berufen.

Kollege A., ein gewesener Oberrentner, wollte diesem Wunsch nicht nachkommen, erhielt jedoch früher nicht seine Arbeiter, bis er sich doch noch schließlich bequeme, die Arbeiterführer aufzugeben.

Erst als ihm die Bedingung vorgeschrieben wurde, die 2 Vorarbeiter sofort zu entlassen und sämtliche Arbeiter zurückzunehmen, was er versprechen mußte, konnte die Arbeit mit großer Verspätung in Angriff genommen werden.

In einer anderen Bäckerei, wo 4 Gehilfen arbeiteten, verlangte der Meister einen fünften, trotzdem die übrigen Arbeiter erkrankten, zutreden zu sein.

Diese Forderung dauerte einige Tage, bis der Meister in den Fachverein telephonieren mußte, man möge doch jemanden herausfinden, zu untersuchen, ob das Verlangen des Meisters gerechtfertigt sei oder nicht.

Erst nachdem der Bäcker den Kontrollanten des Fachvereins seine Bücher zeigte, wieviel er hatte und wieviel er einnehme, hatte er Ruhe.

Der Meister jedoch, da derselbe den Meister noch oben drein beehrte, wurde entlassen.

Nachmittags um 5 Uhr jedoch wurde der Meister seitens des Fachvereins vor die Alternative gestellt, entweder den Meister zurückzunehmen, oder es wird bei ihm heute nicht gehalten.

Was blieb dem armen Meister übrig, als klein beigehen, denn hätte er es versucht und nicht gegeben, seine „Kollegen“ hätten sich tags darauf seine Stunden als willkommene Beute geteilt.

Sie wissen die deutschen Bäckereimeister Bescheid, wohin der Karren fährt, wenn den Gehilfenforderungen in irgend einer Weise Rechnung getragen wird!

Es geht wirklich eine erschreckliche Portion Naivität denn um eine derartige einseitige Schädigung der Verhältnisse glauben zu können. Die Erfahrung machen wir jetzt bei unseren Lohnkämpfen ja täglich: man gibt kein Wort in dem Bewußtsein, es nicht zu halten; es wird gefordert, daß sich die Halsen biegen, um nur dem Publikum glauben zu machen, daß die Bäckereimeister und die unglücklichen Lehrlinge, die Gehilfen die reizenden Worte sind!

Die großen Massen des Volkes sind aber über die Zustände im Bäckergewerbe orientiert, um uns, wie bisher, auch in Zukunft die stärkste Unterstützung zu leisten. Und das möge sich auch das „Zentralblatt“ getrost sein lassen: So lange die Arbeitgeberorganisationen nicht in Verhandlung über Tarifverträge mit uns eintreten, wird auch unter Beruf von Kämpfen, die das ganze Erwerbsleben durchzittern, nicht vorüber bleiben.

**Ans unserem Berufe.**

Revolution in — der Hamburger Bäckereiberg. Man schreibt uns: War das ein Leben am Anfang in der Hamburger Bäckerei! Im Jahre haben die Bäckereimeister sich angeschlossen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas aufzubessern. Da gibt es für die Bäckerei nichts besseres, als Gewerkschaft zu werden und sich für die Bäckerei zu engagieren. Aber die gewählten Bäckereimeister haben mitunter die Interessen der Lehrlinge. Als heute ein Gewerkschafts-

mitglied den Arbeitsnachweis kontrollierte und einige Kollegen, denen, weil sie nicht Streikbrecherdienste in Lübeck leisten wollten, nun der Arbeitsnachweis gesperrt wurde, auf den durch Innungsreglement vorgeschriebenen Beschwerdeweg wies, wurde dem Gesellenauschussmitglied vom Innungsvorstand Knopf mit Entschiedenheit ein „Krrraus“ zugerufen. „Was, beschwerten wollt Ihr Euch und weiter nichts? rrrraus, rrrraus!“ rief Herr Knopf die beschwerdeführenden Gesellen an. Damit nun aber doch nicht etwa so ein Verräter des Meisterprofits sich in den heiligen Innungshallen aufhalte, tütete der Innungsvorstand Degler in dasselbe Horn. Die Bäckereiarbeiter aber zogen nach der freundlichen Aufforderung des Herrn Obermeisters alle hinaus, der Streikbrecheragentur und Innungsherberge den Rücken wendend, sie hatten genug von solchem „Heim der Gesellen“. Jedenfalls wird die Aufsichtsbehörde für die Innungen den Herren, die auf dem Bestimmungen des Gesetzes handeln, einen kräftigen Seisensieder aufsetzen.

Ein Beitrag zur Lehrlingsausbildung. Daß die Bäckereimeister in Hannover das Lehrlingsausbildungsgesetz verstehen, zeigt so recht folgender Fall: Der Lehrling des Bäckereimeisters Bartels, Türckstraße, sollte zu Ostern d. J. austreten und die Lehrlingsausbildung ablegen. Nun stellte sich heraus, daß derselbe bis dahin noch keinen Teig gemacht hatte! Der Junge wurde deshalb nicht zur Prüfung zugelassen. In einer Sitzung des Bäckereirats mit dem Bäckereimeister Bartels wurde nach heftigem Kampf der Gesellenvertreter mit den Innungsleuten beschlossen, daß der Lehrling 6 Wochen nachlernen solle. (Herr Bartels hatte sich vielleicht schon darauf gefreut, daß sein Lehrling für nichts und wieder nichts noch ein halbes Jahr bei ihm nachlernen müßte.) Erst auf das energische Drängen der Gesellenvertreter bequeme man sich dazu, dem Lehrling dafür eine wöchentliche Entschädigung von 6 M auf Kosten des Bartels zu bewilligen. Entschieden richtiger wäre es gewesen, wenn man diesem Lehrling das Falten von Lehrlingen gänzlich unterlagt hätte. Denn mit solchen Leuten kann das Bäckereiamt Hannover in bezug auf Lehrlingsausbildung verflucht wenig Ehre einlegen. So wie Herr Bartels es verstand, seine Lehrlinge auszunutzen, so verstand er sich auch darauf, dieselben zu mißhandeln. Den obengenannten Lehrling hat er kurz vor Ostern eines Nachts so geschlagen, daß derselbe an mehreren Stellen blutete! Des Morgens beim Weibtragen ist der Junge nach seiner Angabe einmal vor Schwäche zusammengebrochen. Mußte er doch täglich 14 bis 16 Stunden arbeiten! Er wurde von Passanten zum Arzt geschickt, der dem Lehrling einen Verband anlegte. Als der Junge nun zu Hause kam, mußte er auf Befehl des Herrn Bartels die Binde ablegen, und drohte dieser humane Herr dem Jungen, wenn da „etwas nach käme“ (also der Arzt vielleicht Anzeige erstattete), wolle er den Jungen ins Gefängnis bringen. Als Herr Bartels betreffs des Nachlernens Unrat mitteilte, wollte er dem Jungen noch möglichst schnell das Feigwachen lernen. Er stellte sich dieferhalb, mit einem Rohrstock bewaffnet, neben den Bäckertrog. Wenn der Lehrling mit seinen schwachen Armen mal ein zu kleines Stück abkniff oder einen falschen Griff machte, schlug er ihn mit dem Stock derartig, daß der Junge oft laut aufschrie. Des Schimpfens auf die Sozialdemokraten versteht dieser Lehrlingsausbildung auch noch meisterhaft.

Aus Danzig. Einen schlagenden Beweis größter Dankbarkeit und laubster Behandlung lieferte kürzlich die Frau des Bäckereimeisters Wotrich hier selbst. Seit November vorigen Jahres war dort der Kollege Gullweida, ein noch junger und körperlich schwacher Mensch, beschäftigt. Nun kamen die Osterfeiertage und mit ihnen wieder ein Lehrling bei dem genannten Bäckereimeister in die Lehre. Sofort ließ W. den zweiten Gesellen laufen und ließ nun den oben Genannten mit dem Lehrling allein arbeiten, ohne jedoch einen Lohnzuschlag zu geben. G. mußte nun in der Osterwoche durchschnittlich fast 18 Stunden und darüber arbeiten, was begreiflicher Weise für so einen Schwächling zu viel ist. Zu dieser Qualerei stellte sich bei dem G. noch eine Augenkrankheit ein, bei der die fortwährende Schlafentbehrung wohl die Ursache sein dürfte. Er stellte nun schließlich seinem Meister anheim, daß er mit solchen Augen nicht weiter arbeiten könne und legte die Arbeit nieder. Trotzdem wurden unserem Kollegen 3 M für einen Anstufungsgehalt abgezogen. Auch sollte ein Kapfschaden, welcher nicht ganz prompt geraten war, in Abzug gebracht werden. G. machte aber den Einwand, daß er die Augen nicht alle allein bedenken habe und wisse daher nicht, ob er oder der Meister den Schaden verborgen habe. Auf diese Neuerung hin sprang Frau W., einem Tiger gleich, auf den Gullweida zu und verfechte ihm einen derben Schlag ins Gesicht. G. holte nun einen Schuhmann, der sich aber sonderbarer Weise nur mit dem lauberen Bäckereimeisterpaar freundlich begrüßte und dann wieder ging, denn Herr Wotrich tat die Neuerung: „Es ist ja gar nicht so schlimm“. Jetzt erst erhielt G. seinen Lohn ausgezahlt und verließ nunmehr das Haus. Die wertvolle Frau Meisterin, die sich von früher her eines sehr „guten“ Rufes erfreut und die manch Bäckereigefelle, vielleicht auch noch manch anderer, genau kennt, wird sich demnächst vor Gericht wegen tötlichen Angriffs zu verantworten haben.

Aus München. Aus einem der größten Privatbetriebe Deutschlands, der kgl. Hofbäckerei Ant. Seidl, geht uns folgender Bericht und Aufruf zu: In der kgl. Hofbäckerei von Ant. Seidl sind 62 Gehilfen beschäftigt, von welchen zwei Drittel dem Verbands angehören. Lange hat es zwar gedauert, bis dies erreicht wurde, denn in den vorhergehenden Jahren herrschte in der kgl. Hofbäckerei eine Ein- und Vertragerei, wie dies selten in einem Geschäft der Fall war. Kein Kollege durfte seinen eigenen Lohn tragen, auch kein unredliches Wort fallen lassen. Mit einem Male ist es aber anders geworden, und nicht nur wir, sondern auch die meisten der Seidlschen Kollegen sind froh, daß es so gekommen ist. Nachdem Anfang März zwei Tarifverhandlungen stattgefunden und manche Kollegen ihr Geld ausgeschüttelt hatten und, wie oben angegeben, die Zahl der Verbandsmitglieder wuchs, wurde auch das Zutreten zu einander größer als man erwartete, und die Ein- und Vertragerei ist heute bereits ganz verschwunden. Aber auch sonst haben die Seidlschen Kollegen ihrer Organisationszugehörigkeit schon manche Vorteile zu verdanken. Nachdem die zwei Tarifverhandlungen stattgefunden hatten, wurden sofort von Herrn Seidl (Geschäftsführer) und Herrn Direktor alle Maßnahmen abgelehnt. Herr Seidl gab ferner zu, als ich persönlich vor ihm stand, zu mir, was zum Wohle der Arbeiter getan werden sollte. Nur die beiden Herren muß auch gesagt werden, daß in der Seidlschen Hofbäckerei alles so geregelt ist, daß



und in der Lohnfrage, daß die Kollegen der Seidlichen  
Kostbäder auch zufrieden sein können, bis auf einige, welche  
inzwischen vielleicht schon zufriedener gestellt wurden, was  
noch zu wünschen wäre. Die Aufbesserung war durch-  
gehend 1, 2, 3, 4 und 5 A, und denen, welche noch kein  
Jahr im Seidlichen Betriebe beschäftigt sind, wurde ver-  
sprochen, sobald ein Jahr herum ist, eine weitere Auf-  
besserung zu gewähren. Außerdem besteht seit Jahrzehnten  
schon ein jährlicher Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes  
von 3 Tagen bis zu 8 Wochen, was anderen Arbeitgebern  
zur Nachahmung empfohlen werden kann. Hat nun hier  
einerseits die Einigkeit, andererseits das verständnis-  
volle Entgegenkommen der Direktion den Kollegen schöne  
Erfolge gebracht, so möchte man auch glauben, daß die  
übrigen Seidlichen Kollegen das Gute nicht nur anerkennen,  
sondern auch darnach handeln werden. Doch weit gefehlt!  
Ein paar Kollegen haben sich schon wieder gesagt: Ja, jetzt  
haben wir unsere Sache, jetzt brauchen wir den Verband  
nicht mehr, also auch die 40 Pfennige nicht mehr bezahlen.  
Andere Kollegen sagen sich: Für was brauche ich den  
Verband zu sein, wenn etwas erreicht wird, kommt mir's  
auch so zu gute. Wieder andere steden den Mehrerwerb  
von 3, 4 und 5 A ein und sagen gar nichts dazu. Allen  
diesen Kollegen möchte ich aber ans Herz legen, sich von  
ihrer verkehrten Ansicht zu befreien, die paar Pfennige  
nicht zu scheuen, denn nur dann, wenn wir alle einig sind,  
kann das Erreungene auch erhalten bleiben! — Darum,  
Seidliche Kollegen, ob jung oder alt, Ihr habt gesehen, was  
durch Einigkeit geschaffen werden kann, fort deshalb mit  
allen Dingen, welche Uneinigkeit bringen und werbet alle  
Männer, auf welche man bauen kann! Werdet ein blei-  
bendes Beispiel allen Münchener Verbandskollegen, welche  
stolz sind auf Euch als ihre Kampfbrüder mit im Ver-  
bande, wenn es gilt, rechnen zu können. Deshalb noch-  
mals, „jeder Seidbader“ hinein in den Verband!

S. U.: Heinrich Gagner.

Aus Frankfurt a. M. schreibt man uns: Ein  
äußerst netter und feiner Herr ist der Gastwirt Ader in  
der Moselstr. 12. In diesem Hause befindet sich nämlich auch  
der Innungsarbeitsnachweis, der nur durch eine Tür vom  
Gastzimmer getrennt ist. Unseres Wissens soll ein Arbeits-  
nachweis sich nicht in einem Wirtschaftsbetriebe befinden. Damit  
nun diese Wirtschaft womöglich recht auf besucht wird, denn  
die große Mehrzahl der Frankfurter Bädereigenen meidet  
dieses Lokal, suchen die hiesigen Innungsmeister in einer  
Reihe auswärtigen Blättern Gesellen für Frankfurt, trotz-  
dem hier stets eine große Anzahl arbeitslos ist. Der Haupt-  
zweck soll wohl sein, willige und billige Arbeitskräfte hierher  
zu bekommen. Am vorigen Freitag gingen nun einige  
arbeitslose Verbandskollegen hinaus, um nach Arbeit zu  
fragen; sie bekamen aber zur Antwort, es sei nichts einge-  
laufen. Nun wollten dieselben im Gastzimmer noch etwas  
warten, wurden aber, weil sie nicht tranken, aus dem Lokale  
gewiesen, trotzdem das Lokal angeblich eine „Herberge“ sein  
soll. Die Sache kam aber noch besser. Am Samstag abend  
ging der Vorsitzende des Bäderverbandes, Genosse Leidig,  
hin; derselbe setzte sich an einen Tisch arbeitsloser Bäder-  
gehülfen, welche nur durch das Annoncieren der Innung  
herangezogen wurden. Im Laufe des Gesprächs stellte es  
sich heraus, daß zwei Verbandskollegen dabei saßen. Diese  
verlangten nun von Leidig die „Bäder-Zeitung“, die sie auch  
bereitwilligst bekamen. In diesem Moment sprang der Gast-  
wirt Ader herbei und schrie: Hier wird nicht agitiert, machen  
Sie, daß Sie hinauskommen! Leidig erklärte nun, daß er  
erst sein Bier trinken werde. Herr Ader schimpfte aber  
immer weiter. Er sagte u. a.: Nichts schaffen wollt Ihr,  
Ihr Faulenzer. Man ist froh, wenn man zufriedene Ge-  
sichter sieht; Ihr macht sie einem wieder unzufrieden. Das  
paßt natürlich diesen Herren, Bädereigenen von auswärts  
heranzuziehen, damit sie beim Herrn Ader ihr Geld ver-  
brauchen, ganz einerlei, ob dieselben Arbeit finden oder  
nicht. Leidig wollte noch etwas erwidern, da wurde der  
famoso Herr Ader noch gemeiner und schimpfte wie ein  
Hohlrind. Als er u. a. rief: Nach Sibirien gehört Ihr  
geschafft! und Leidig antwortete: Leider bringt Ihr dies  
nicht fertig! und verbot dann Leidig ein für allemal sein  
Lokal. Um sich nun keines Hausfriedensbruchs schuldig zu  
machen, ging Leidig fort. Die Bäderegehülfen von Frank-  
furt a. M. wissen nun, woran sie halten; sie werden dafür  
sorgen, daß dieser Herr nicht allzuviel Kollegen sein Lokal  
verbieht. Bäderegehülfen, rafft Euch auf und werdet Mit-  
glieder des Verbandes, damit mit diesen Zuständen aufge-  
räumt wird!

Alt-Heidelberg, du feine... Scheffels  
Dichtersprüche treffen allerdings auf die Lohn- und Arbeits-  
verhältnisse der Bädereigenen nicht zu. In dieser schönsten  
der deutschen Städte fristen die Meister und Gesellen von  
Alters her ein — von ihrem Standpunkt aus betrachtet —  
zufriedenes, behäbiges Dasein. Alle bis jetzt unternommenen  
Versuche, in diesem „Paradies“ Breche zu legen, scheiterten  
an dem „guten Einvernehmen“ der Meister und Gehülfen.  
Die Bedürfnislosigkeit, welche schon vor Jahrzehnten Laßalle  
gegenüber hat, hat hier Dimensionen angenommen, daß das  
Einbringen von jeglicher modernen Anschauung an dem  
Gründelstein der Gleichgültigkeit abbröckelt. Unheimliche  
Gesellen werden nach zünftlichem Brauch aus der Stadt  
verworfen. Die geduldrigen Schafflein bleiben unter sich und  
laufen sich den Rang ab, als erste in der Bekämpfung des  
Lohnstrahls ans Ziel zu gelangen. Die beiden Verbands-  
vereine, — Gehülfenvereine gemäßigter, Klub radikaler Rich-  
tung — leisten hervorragendes Inbezug auf Keitlichkeit  
und gesellige Zusammenkünfte. Fast alle Sonntag ist eine  
Tanzunterhaltung unbedingt notwendig. Die Arrangements  
verrichten von dem Lokalinhaber für die Bewirtung dieser  
Anschaulich einen Lokal in Gestalt von Getränken und  
Speisen zu erhalten. Ein neuer Sport wird von den älteren  
mit dem Meisterrückzug vertrieben: Gebülfenbetriebe.  
— Meisterrückzüge werden durchgeköpft, die selbstredend  
alle Prüflinge bestehen, weil ja diese auch alle gleich intelli-  
gent sind! Bitteres Weh wird aber dann eintreten, wenn  
der mit dem Meisterrückzug ausgerüstete wegen Mangel  
an Geld, das nun einmal zu einem Unternehmen gehört,  
gezwungen wird, als Tagelöhner oder in der Fabrik über die  
vergangene „Aussichtsherrlichkeit“ nachzudenken. Unter  
diesem Mißstand muß selbst ein für freibühliche Ideen einge-  
kommener Kollege unterliegen und in die Verbannung zu-  
rücken. Ihre freie Zeit verbringt die übergrößen Mehrzahl  
in den Gasthäusern beim Karten- und Gesellschaft. Sehr oft  
kommt es vor, daß ein „Jünger“ seines Vorderschines er-  
schwert wurde, der nach weilscher Ermüdung des Meisters  
nicht so hoch benehmen sein darf. Ja selbst an den schönen  
Festtagen und Sommerfesten sind diese Armen im Geiste  
im Zwickel nicht hinweg zu bringen, um in rüstigen  
Lüden Bädern neue Kraft für das nächste Tagewerk zu  
holen. Ihren Geist und Körper in der freien Natur zu  
erholen. Dasselbe Bild wie allerorts: Gleichgültigkeit, intelli-  
genzlose Kollegen haben keinen Sinn für alles Schöne in der  
freien Natur! Verbringen lieber ihre kurze Zeit in dumpf-

gen Kneipen bei aufregendem Spiele. Durch die wiederholten  
Ankündigungen von Versammlungen untererwärts fühlte sich  
die gemäßigtere und radikale Richtung verpflichtet, an diesen  
Tagen Kongerte, Zusammenkünfte bei freier oder Ver-  
sammlungen zu veranstalten. Negativer Erfolg war das  
Resultat unserer Mühen. Dem Obermeister wird somit eine  
große Bürde abgenommen und er kann ruhig schlafen, weil  
die zufriedenen Gesellen verstehen, den „sozialdemokratischen“  
Verband fernzubehalten. Ob und zu ist aber doch das Wetter-  
leuchten eines ausziehenden Gewitters bemerkbar und die  
jahrelange Knechtung kommt spontan zum Ausbruch, dann  
erfährt man auch Bäckereigeheimnisse à la Würzburg, dann  
wie es hinter den Kulissen der Vereine zugeht. Nachdem  
aber dieses „Gewürm“ unschädlich gemacht ist, herrscht wieder  
Ruhe. Obgleich Heidelberg eine Hauptdurchgangsstation  
unserer wandernden Kollegen vom Norden nach dem Süden  
und umgekehrt ist, weil jeder diese Stadt nicht nur nach den  
uns überlieferten Schriften, sondern mit leblichen Augen  
sehen will, zieht der größte Teil aber vor, wenn sie hören,  
daß hier Hungerlöhne bei einer überaus langen Arbeitszeit  
bezahlt werden, der schönen Stadt schleimig den Rücken  
zu kehren. Andere, mit dem Wesen der Organisation noch  
nicht vertraute Kollegen, werden ihrer Fabne untreu, be-  
zahlen nicht mehr weiter und treten den bestehenden Ver-  
bandsvereinen bei. „Es hat hier doch keinen Wert!“  
kann man sehr oft von denen hören, welche die innere Festig-  
keit in der Hochburg des Unverstandes noch andauern?  
Wann werden wir dort Breche legen, um unsere geknech-  
teten Arbeitsbrüder den edlen Bestrebungen der Organisa-  
tion zuführen zu können? Auch hier ist die Möglichkeit,  
dieses zu erreichen, vorhanden, wenn unsere überzeugten  
Kollegen, welche auf ihrer Wanderschaft Heidelberg be-  
rühren, auch dort in Arbeit treten.

Herr Bernard, der Gewaltige des Ger-  
manianerverbandes, erläßt folgenden Ulaß: „Hinsicht-  
lich der in vielen Städten Deutschlands zur Zeit bestehenden  
Lohnbewegungen werden alle Verbandsinnungen freundlichst  
erucht, das Geschehen an durchziehende Gesellen auch  
bei Umschau so lange anzusehen, bis an allen Orten be-  
ruhigte Verhältnisse eingetreten sind.“ — Weil unsere Agi-  
tation schon die Erfolge gezeitigt hat, daß jeder ehrlich  
denkende Bäderegehülfe, ganz einerlei, ob er jedem Ver-  
bande angehört oder nicht, so viel Ehrgefühl im Leibe hat,  
daß er es weit von sich weiß, sich zum Streibtreiber durch  
die Versprechungen der Innungsmeister betören zu lassen,  
da soll nun der Hunger helfen! Durch Hunger und Not  
sollen die wandernden Kollegen zu Streibtreiberdiensten  
gezwungen werden. Aber auch dieser brutale Anschlag wird  
an dem Solidaritätsgefühl unserer Kollegen zu Schanden  
werden! — Dieser Ulaß lehrt uns aber noch was anderes!  
Er ist nämlich die Vaterortserklärung des mit so großem  
Tumult ins Werk gesetzten Streibtreiberbureaus in Ber-  
lin, dem man den unschuldigen Namen gab: Zentralstelle  
für Arbeitsnachweis!

Schwerste Strafe demjenigen, der an-  
dere an freiwilliger Arbeit hindert! Gegen  
diese Worte handeln jetzt unsere Innungsblätter, welche  
37 Kollegen namentlich aufführen, die angeblich beim Fieber  
Streik ohne Kündigung die Arbeit eingestellt haben sollen!  
Wenn man mit solchem fluchwürdigen Mittel glaubt, diese  
Kollegen auszuheilen zu können, weil sie von dem Rechte  
der Arbeitsverweigerung Gebrauch machen, um ihre Lage  
zu verbessern, und man gibt sich ferner in den Reihen der  
Ausbeuter der Illusion hin, durch solche erbärmliche Mittel  
unserer Kollegen in anderen Städten einschüchtern zu wollen,  
so irrt man damit ganz gewaltig! Diese Herren haben  
eben vergessen, daß sie ihre Arbeiter jahrzehntlang der-  
artig entrechtet, geknechtet und ausgebeutet haben, daß  
deren Devise jetzt lautet: Lieber ein Ende mit  
Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!

Görlich. Wegen wissenschaftlichen Vergehens gegen das  
Nahrungsmittelgesetz wurde Bäderemeister R. G. aus  
Weißwasser zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, auch wurde  
die Verurteilung auf Kosten des Angeklagten in der Zeitung  
bekannt gemacht. Die Verurteilung erfolgte wegen Ver-  
wendung verdorbener Eier und ranziger Margarine.

Es ist nichts zu dumm, um nicht in den  
Innungsblättern Aufnahme zu finden! An  
diesem Anspruchs eines intelligenten Innungsleiters, der  
uns erklärte, nur mit Gel die Innungsblättern in die  
Hand zu nehmen, wurden wir wieder erinnert, als uns  
folgende Auslassungen der „Bäderzeitung“ Organ der  
Berliner Innung, zu Gesicht kamen: „Obwohl im Innungs-  
statut festgesetzt ist, was der Obermeister für seine ehren-  
amtliche Tätigkeit von der Innung an barren Auslagen,  
Repräsentationskosten usw. erhält, wird in den Flugblättern  
wider besseres Wissen behauptet, diese Bezüge betragen ca.  
8000 M. Ebenso vervielfacht man das Gehalt des Sondir-  
fuss Dr. Weisbach. Das eigene Gehalt aber, was diese  
Gesellenführer aus dem laueren Schweiß der Genossen be-  
ziehen, wird sorgfältig verschwiegen. Ueber die angeblichen  
Streikerfolge wird ebenfalls noch herzenslust gelogen, um  
diejenigen jungen Leute zum Mißtrauen und Mißglauben  
einzufangen, die nicht mitmachen wollen. In Kiel, von wo  
man einen großen Sieg in die Welt hinausposaunt, war  
der Streik, wenn von einem solchen überhaupt gesprochen  
werden kann, sofort niedergeschlagen. Der Hohn, von  
dem man so großen Erfolg erwartete, erstickte im Keime,  
insbesondere durch die gerichtliche Strafandrohung. In  
Lübeck hatten sich im ganzen 17 organisierte Streikfugige  
gestellt, die sich selbst lächerlich vorkommen. An Forderungen  
stellen wurde daher nicht erst gedacht. In München ist eine  
Einigung zwar erzielt worden, der dadurch erreichte Zu-  
stand aber befriedigt die Meister ebensowenig wie die Ge-  
sellten.“

Auf diesen Blödsinn nur einige Fragen:  
1. Wenn Herr Bernard von allen seinen Kosten und  
Pöfchen in der Berliner Innung, dem Germanianerverband  
und mit diesen beiden Körperschaften lokalisierten Korpo-  
rationen weniger „Ehrenlohn“ als 8000 M. pro Jahr be-  
zieht, weshalb gibt man dann nicht seinen Verdienst, aus  
allen diesen Vereinen zusammenzustellen, bekannt?  
2. Wo ist seitens der Gesellenführer jemals der Versuch  
gemacht worden, zu verschweigen, was die Angehörten  
unseres Verbandes an Gehalt beziehen? Sind die Unent-  
schuldig zu faul, die Beschlüsse unserer Verbandsräte zu lesen,  
welche die Gehaltsfrage stets endgültig geregelt haben?  
3. Wenn die Erfolge der Streiks und des Streikbrotens  
in Lübeck und Kiel so gering sind, weshalb freut man sich  
nicht darauf, auch in anderen Städten, vor allem in Berlin,  
den „auszufriedenen“ Gesellen bald solche „empfindliche  
Niederlagen“ beibringen zu können? Die Ausbeuter müßten  
doch Rücksicht auf weitere Streiks wachen, um die ver-  
heißenen Organisationsfragen dann so leichter Hand aus ihren  
Beuteln herauszulassen zu können?

4. Sieht der Innungsmitglied nun halb selbst ein, daß er  
sich so selbigeigen, daß er sich selbst aus dem Schwindel  
Fall ist, so kann er zur Freude unserer stolgeren weiter  
lügen, was uns doch in dieser ernsten Zeit einige heitere  
Minuten bereitet!

In der Hamburger Bäcker-Innung be-  
schäftigte man sich mit den Bädereigenen in Kiel, Lübeck  
und Berlin. Es wurde die Bejürchtung ausgesprochen, daß  
auch hier die Bädereigenen mit Forderungen an die Innung  
oder vielleicht an die einzelnen Meister herantreten werden.  
Um nun gegen jedes Vorgehen der Gesellen gerüstet zu sein,  
sei es wohl angebracht, auch Mittel zur Abwehr zu haben;  
diese bestehen hauptsächlich aus einem zu diesem Zweck  
bereitstehenden Kapital. Es wurde beantragt, einen ein-  
maligen Beitrag von je 5 M für jeden Meister und jeden  
von ihm beschäftigten Gesellen zu erheben. Herr Blind-  
mann wies darauf hin, daß die Innung stets bereit sei, jede  
berechtigte Forderung der Gesellen, die diesen zum Nutzen  
gereiche, zu gewähren, daß aber solche Forderungen, die  
nur darauf gerichtet sind, die Macht des Bädereigenen  
zum Nachteil der Innung auszunutzen, von der Innung  
ausgeschlossen werden müssen. Denn die Be-  
strebungen des Bädereigenen gehen nur darauf aus, die  
Herrschaft im Bädereigenen an sich zu reißen, wie es in  
Berlin, Budapest und anderen Städten bereits geschehen ist.  
Man könne daher auch nie in Verhandlungen mit dem  
Bädereigenen, sondern nur mit dem Gesellenausschuß ein-  
treten. Gegen die Erhebung eines Beitrages habe er nichts  
einzuwenden. Dem wurde zugestimmt.

Man machte also in der Hamburger Innung wieder in  
den bekannten Jesuitentouren! „Berechtigte Forderungen“  
will man bewilligen, wenn aber die Gesellen Forderungen  
stellen, dann stempelt man diese sofort als „unberechtigt und  
unerfüllbar“!

Immer utiger wird jetzt die Zeitung der Ber-  
liner Germania-Innung, denn sie schreibt am Schluß ihrer  
Bejprechung der dortigen Lohnbewegung: „Daß der bevor-  
stehende Streik vom Jahre gebrochen wird, daß die Lohn-  
und Arbeitsverhältnisse nicht die Veranlassung hierzu sind,  
sondern ausschließlich die sozialdemokratische Herrschbegierde,  
daß können selbst die Nadelsticker doch nur schwer ver-  
bergen. Man schimpft auf die Meisterchaft, obwohl die  
Beweismittel fehlen, man nennt sie rüchständig. Wir werfen  
die Frage aber nicht auf, ob dies frech ist.“

Und einem anderen Sermon hängt sie die Bemerkung  
an: „Es wäre nun wohl wichtig, daß endlich der Spieß  
umgedreht und gegenüber den Forderungen auch mal ge-  
fragt würde: „Was soll geleistet werden?“ Denn davon  
hüllen sich die Führer vollständig in Schweigen. Also  
heraus mit Eurem Fieberwisch, jetzt müssen die Meister  
anspringen, Forderungen zu stellen!“

Wir würden die Wirkung dieser Ergüsse auf die Nach-  
kommen unserer Kollegen abschwächen, wenn wir sie ernst  
nehmen wollten!

In der Leipziger Zwangsinnung wollten  
einige Scharfmacher in der Versammlung am 20. April  
noch einen besonderen Streikfonds für Leipzig bilden. Der  
Herrn muß eine ziemliche Angst vor einem Streik in  
die Glieder gefahren sein! — Der Bericht besagt weiter:  
Im Laufe der Tagung beschloß die Versammlung noch,  
beim Rat der Stadt Leipzig ein Gesuch einzureichen, dahin-  
zielend, daß bei Neueinrichtungen von Bädereigenen darauf  
gesehen werde, daß die gesetzlich verlangten Räumlichkeiten  
in genügender Weise vorhanden seien.“

Eine famose Idee, sich die lästige Konkurrenz neuer  
Bädereien vom Halse zu halten! Für diese verlangt man  
die „gesetzlich verlangten Räumlichkeiten in genügender  
Weise“, und damit wären wir ohne weiteres einverstanden,  
wenn nur nicht, wie das die Innungen wollen, die Schweine-  
hälle unter den alten Betrieben ruhig weiter bestehen  
sollten! Wenn aber die Behörde auch in dieser Ordnung  
schaffen will, dann brechen dieselben Leute in ein förmliches  
Wutgeheul aus!

Wegen Nahrungsmittelfälschung stand  
die Anklage gegen den Bädereigenen R. in Galdbach zum  
zweiten Male vor dem Schöffengericht in Sorau zur Ver-  
handlung. Er war beschuldigt, fortgesetzt mehrere Wochen  
alte Semmeln in Brot verbacken zu haben. Durch seinen  
Gesellen, mit welchem er in Streit geriet, wurden die Vor-  
gänge in der Bäckerei zur Anzeige gebracht, indem er einen  
irrenden Topf, in welchem Teigüberreste aufbewahrt wurden  
und an dem sich schon Schimmelbildung zeigte, dem Kreis-  
arzt Dr. Schäter überbrachte. Dieser stellte fest, daß die  
Masse schon sehr übel roch und nach einigen weiteren Tagen  
einen schauerhaften Gestank verbreitete. Die eiblich be-  
handelte Tatjache, daß der Angeklagte keinem Gesellen 5 A  
Schweigegeld angeboten habe, war genügend für die Schuld  
dieselben. Auch ein früherer Lehrling bezeugte, daß nicht  
nur alte Semmeln regelmäßig verbacken wurden, sondern  
daß er selbst auf Befehl des Meisters und auch der Meisterrin  
im Jahre 1897 freis das Handwaschwasser in den Teig  
gegossen habe. Der Obermeister der Bäder-Innung be-  
zeugte als Sachverständiger, daß es üblich sei, dem Brote  
alte Semmeln zuzusetzen, um bei trockenen oder zu nassen  
Ernten dem Mehle den mangelnden Meberwisch zuzuwagen,  
dadurch würde das Springen des Brotes verhindert. Das  
Gericht verurteilte den bisher unbelohnten Angeklagten  
zu einer Geldstrafe von 100 M.

In München ist eine Einigung zwar er-  
zielt worden; der dadurch erreichte Zustand  
aber befriedigt die Meister ebensowenig  
wie die Gesellen.“ Diesen verlogenen Schwindel  
bringen die verschiedenen Innungsblätter, weil er ihnen  
so in den Kram paßt, um dadurch ihren abfliehenden Stand-  
punkt gegenüber Tarifvereinbarungen in anderen Städten  
zum Ausdruck zu bringen. Demgegenüber ist es notwendig,  
den Artikel der Münchener „Bäderei“ abzubringen, welchen  
diese in ihrer letzten Nummer zur Frage des Tarifamts  
bringt. Dort wird in sachlicher Weise folgendes ausgeführt:  
Unsere neueste Forderungssache, das Tarifamt, ist im  
Sinne der Vereinbarung bereits zusammengerechnet und hat  
keine Tätigkeit begonnen. Nicht zu verwundern ist, ja es  
stand vielmehr mit Bestimmtheit zu erwarten, daß daselbst  
von einem Teile der Meister mit etwas gemächten Gesellen  
angesehen wird. Das liegt nun einmal in der Natur der  
Sache. Eine Meinung, die einen Fortschritt mit einem Ge-  
meindenrat zu sich bringt und somit tief einschneidet in die  
bestehenden Verhältnisse vieler und gerichtet ist, München  
aufzuheben zu dem Bewußtsein, daß das einmal Brodclage  
auch gehalten werden muß, erstickt in der Tat getanet,  
die Meister in Anspruch zu nehmen. Und so kommt es,  
daß die Sache so verhandelt beurteilt wird, so verhandelt  
eben auch die Standpunkte der Gemeinden sind. Ganzlich  
erleime es, daß jeder dort man wohl sagen, mit der Sache  
nicht gerne etwas zu tun haben mag und das Ding eben







Unsere Lohnbewegungen.

Vor dem Landgericht Kiel ist am 30. April die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts aufgehoben, welche es dem Kartellvorstand, der Lohnkommission und dem Verleger der „Volkszeitung“ verbot, die Namen der geregelten Bäckereien mit der Aufforderung bekannt zu geben, nur aus diesen Betrieben Brot zu kaufen.

Diese Verfügungen, welche uns die Boykottführung unmöglich machen sollte, ist also zum Verrger der Innungen und der Scharfmacher vom Arbeitgeberverband, weil sie ungesetzlich war, beseitigt. Auch für Lübeck dürfte das Oberlandesgericht in Hamburg bald in gleicher Weise entscheiden, wie sicher zu erwarten ist und so war es wieder einmal nichts mit diesen einseitigen Verfügungen, auf deren Wirkungen unsere Gegner so große Hoffnungen setzten.

Diese Verurteilung, durch derartige Verfügungen in Kiel und Lübeck uns den Boykott unmöglich zu machen, haben also den Innungen nur Geldkosten verursacht, im übrigen aber nur uns im Kampfe genützt, denn durch derartige ungesetzliche Einmischungen der Gerichte wurde nur die Erbitterung der organisierten Arbeiterschaft aufs Neue gesteigert und die Folge war, daß der Boykott mit noch weit größerer Schärfe gegen die nichtbewilligten Bäcker geführt wurde! Also die ganze Sache wirkte nur zu unseren Gunsten und die Innungen als Mägdchen weggeholt!

Vernagelte und hornierte Tröpfe sind doch unsere Kleinrentner in Kiel und Lübeck, und wir fürchten, daß sich diese bei Kämpfen in andern Städten in derselben Weise hervortun werden! — Uns kann dieses nur recht sein, doch sehen wir mitteilend das Gebahren dieser Leute, die in blinder Prohigkeit ihre Geschäfte zu Grunde richten!

In beiden Städten hatten die Innungsführer, weil es ihnen an sachlichen Gründen gegen unsre Zeitgemäßen und berechtigten Forderungen mangelte, die Lüge immer und immer wieder in die Welt hinaus geschrien: „Der ganze Streik ist nur in Szene gesetzt von den Genossenschaftsbäckern und deren Geschäftsleitungen, um deren Geschäfte zu vergrößern.“

Für diese gemeinen Lügen und Verleumdungen werden jene Innungsmacher von den beteiligten Genossenschaften noch am Gericht zur Verantwortung gezogen werden. — Doch verfolgen wir weiter den Verlauf dieser Lohnkämpfe. Hätte es der blinde Fanatismus der Innungsmacher zugelassen, in anständiger und sachlicher Weise mit unserer Organisation zu verhandeln, dann wären in beiden Städten sicher Tarife zustande gekommen und kein Innungsmacher hätte auch nur einen von seinen Kunden zu verlieren brauchen! Die Genossenschaftsbäckerei würde bei solcher Abwicklung des Lohnkampfes auch nicht einen Kunden mehr bekommen haben!

So aber wurde alles daran gesetzt, die Innungsmacher gehörig gegen die Forderungen zu verbeizen; man lehnte in Lübeck jede Verhandlung ab und verfuhr durch die allseitig hilfswilligen Bruderschaftsmacher — hilfswillig sind diese den Innungen, wenn sie Gelegenheit haben, Verrat an den Interessen der Kollegen zu üben — alles orchestriert um eine Uneinigkeit unter die Kollegen zu tragen. In Kiel trieb man mit den eingeleiteten Verhandlungen mit dem Gesellenausschuß bloß Komödie, verhöhlte und verpönte diese Vertreter der Gesellenschaft, und auf diese Weise wurde in beiden Kampfzonen größte Erbitterung unter die Kollegen getragen; sie wurden förmlich zum Streik provoziert!

Nun bewilligten in jeder Stadt eine Anzahl Meister, der Brothoykott setzte ein und diese Bäckereien erhielten bedeutenden Zulauf an Kundchaft. Die Innungsmacher bestärkten per Drohbriefe die Häuser ihrer abtrünnigen Kollegen und die meisten derselben ließen sich in ihrer bekannten Wackelhaftigkeit und Wortbrüchigkeit betören, Normulare den Innungsmachern zu unterzeichnen, daß sie ihre Bewilligung zurückziehen, oder „gar nicht bewilligt haben, sondern nur nach wie vor den Gesellen Kost und Logis außer dem Hause geben.“ Es kamen noch die Anzeigen der Innungen in der bürgerlichen Lokalpresse hinzu, in welchen das Waue vom Himmel heruntergelogen wurde und dazu noch die gerichtlichen einstweiligen Verfügungen, so daß die Erbitterung der organisierten Arbeiterschaft aufs höchste stieg! Man glaubte nun nach solch übereiner Wortbrüchigkeit Einzelner den Bäckereimeistern überhaupt nichts mehr, jedes bischen Vertrauen hatte die Arbeiterschaft zu deren Wahrheitsliebe verloren und in Scharen liefen nun die Arbeiterfrauen zu den Verkaufsstellen der Genossenschaftsbäcker, um nur noch dort Backwaren zu beziehen. Das waren die einzigen Geschäfte, zu denen die Arbeiterfrauen noch das Vertrauen hatte, daß sie nicht im schamlosen Annonzenkampf der Innung die Bevölkerung betrogen und beschwindeln würden!

So haben in Kiel und Lübeck vernagelte und hornierte Kleinrentner selbst den Akt abgesetzt, auf welchem sie bisher saßen und nun, wo sie ihre Kundchaft los sind, blasen diese Herren Trübsal!

Der Streik in Lübeck. Zu berichten wäre noch, daß am 21. April der Arbeitgeberverband sich der bedrängten Kollegen entgegenkam und diesen in folgender Resolution Trost spendete: „Der verammelte Arbeitgeberverband Lübeck hat aus den einmütigen Darlegungen der Bäckereimeister und Brotfabrikanten die Ueberzeugung gewonnen, daß die Mehrzahl der Arbeitnehmer, speziell deren gesetzliche Vertretung, der Gesellenausschuß, im Frieden mit den Arbeitgebern lebt und nicht die aufgeregten Forderungen der sogenannten Kommission des Nachvereins als bezeugt anerkennt, ferner, daß sämtliche in der sozialdemokratischen Presse gerügten angeblichen Mißstände betr. Wohnungsverhältnisse, Logierwesen, Lehrlingsmangel in Lübeck nicht vorhanden sind. Weil vielmehr der Boykott lediglich ein eigenmächtiges Ziel einer politischen Gruppe zurückzuführen ist, beschließt der Arbeitgeberverband, nach Kräften die Arbeitgeber des Bäckergewerbes zu unterstützen und die Aufforderung an das breite Publikum zu richten, nicht durch Befolgung des Boykotts die Bestrebungen der Sozialdemokratie und ihrer Genossenschaftsbäckerei ideell und materiell zu unterstützen.“ — Es muß schon ziemlich schlecht um der „guten“ Sache der Bäckereimeister und ihrer Freunde bestellt sein, daß sie in Ermangelung sachlicher Argumente zu ihren Gunsten sprechenden Materials immer wieder den Bäckereimeister mit der Sozialdemokratie und der Genossenschaftsbäckerei in Zusammenhang bringen. Ein solches Verhalten wirkt bald lächerlich. — Am 22. April ist es bekannt, aus obiger Resolution zu erfahren, daß sämt-

liche gerügten Mißstände in Lübeck nicht vorhanden sind. Warum beschränkt man sich denn aber hier auf solche allgemeine und dadurch nichtssagende Redensarten? Weil man nicht in der Lage ist, die gerügten Mißstände auf Grund von Tatsachenmaterial bestritten zu können. Da liegt eben der Hase begraben.

Die Streikleitung sorgte dafür, daß in den nächsten Tagen an Duzenden von Beispielen den Scharfmachern im Arbeitgeberverband in der Öffentlichkeit klar gemacht wurde, daß es trotz der Ablehnung dieser Herren Mißstände noch in Fülle und Fülle in den Bäckereien gibt, und durch den Streik noch neue hinzugekommen sind, denn wie festgestellt wurde, wird in einem Betriebe ein Streikbrecher beschäftigt, der mit einer unheilbaren Hautkrankheit behaftet ist. Die Lügen des Arbeitgeberverbandes haben also nur kurze Beine!

Das von den Streikenden am 23. und 24. verbreitete Flugblatt, welches in Hamburg hergestellt war, brachte die Scharfmacher und die Intendanten der Scharfmacherpresse in nicht geringe Aufregung; sie jammerten, daß auf „Schleichwegen“ und „Hintertreppen“ ein „anonymes Flugblatt“ verbreitet sei. In ihrem Jammer darüber wollte auch die Innung darauf antworten, bezeugte aber mit der Herausgabe ihres Flugblattes eigenartigem Mißgeschick. Ungeübt, wie die Herren in derartigen Sachen sind, hatten sie in ihrer Tölpelhaftigkeit keinen Verleger auf ihrem Pamphlet angegeben und nun weigerten sich die bürgerlichen Mütter, das Nachwerk ihren Mättern als Beilage beizulegen. So mußte es denn vernichtet werden und zu dem Verrger und dem finanziellen Schaden hatte die Innung noch den Spott von unserer Seite, denn uns war solches Nachwerk in die Hände gekommen.

Daß der Kampf in Lübeck sich zu einem erbitterten Kriege der gesamten organisierten Arbeiterschaft gegen das Proletariat entwickelte, dafür sorgte die bürgerliche Presse in täglich erscheinenden Leitartikeln, in denen ohne jeden Versuch der Beweisführung über Terrorismus der Streikenden und der organisierten Arbeiterschaft gejammert wurde. Von welcher Seite wirklich Terrorismus ausgeübt wurde, dafür konnte der „Volksbote“ in folgendem den Beweis erbringen:

Wo sitzen die Terroristen? Seitens der Bäckereimeister und ihrer Presse ist zu wiederholten Malen die Behauptung aufgestellt worden, daß seitens der Streikenden ein großer Terrorismus ausgeübt werde. Beweise hierfür konnte man bis jetzt nicht liefern. Nunmehr sind wir in der Lage, an der Hand eines Briefes den Nachweis zu liefern, daß die Terroristen auf einer anderen Seite zu suchen sind, als bei den Arbeitern. Vor uns liegt ein Memorandum der hiesigen Mehlhandlung von L. Frede, Wafenstr. 25, an Herrn Diemann, der bei erstgenannter Firma Mehl für seine neu errichtete Bäckerei, in denen die Forderungen der Streikenden nach jeder Richtung hin erfüllt werden, bestellte. Er erhielt folgende Antwort: „Ich muß Ihnen leider die Mitteilung machen, daß ich Ihnen unter den heutigen Umständen noch kein Mehl liefern kann. Sie wissen ja auch wie peinlich die Lage für mich als Geschäftsmann ist, wie Sie auch wohl gehört, bin ich so zu sagen bei allen Bäckereien Lieferant, und um mein Geschäft hoch zu halten, mich der Mehrheit anzuschließen.“

Um also einem sicher zu erwartenden Boykott seitens der Bäckereimeister aus dem Wege zu gehen, lehnt die Mehlfirma die Lieferung an eine geregelte Bäckerei ab. Kann es einen besseren Beweis für die „Toleranz“ der Bäckereimeister geben?

Am 30. April wurde abermals seitens der Streikenden in 20 000 Exemplaren ein Flugblatt mit gemohnter Promptheit in sämtliche Wohnungen der Stadt verbreitet, worüber die bürgerliche Presse natürlich wieder ihr Vamonto antimmen wird.

Zur Lohnbewegung in Berlin schreibt die „Volkszeitung“ vom Donnerstag, den 28. April: „Die Forderungen der Bäckergesellen werden von den verschiedenen Berliner Meistern sehr verschieden beurteilt. Während einzelne Meister dem Gesellenverbande sofort mitgeteilt haben, daß sie die Forderungen nicht nur bewilligen, sondern bereits in Kraft gesetzt haben, ist der Vorstand der Bäckereimeister zu Berlin der Ansicht, daß die Forderungen der Gesellen „unberechtigt“, der gewöhnliche Tarifabschluß auf solcher Grundlage sogar „unheilvoll“ sei. Um zur objektiven Würdigung dieser Anschauungen beizutragen, hat sich einer unserer Mitarbeiter bemüht, die Sachlage auch für das Publikum zu klären. Das Publikum wird es sein, von dessen Sympathie oder Antipathie für die Forderungen es abhängt, wer den endlichen Sieg davonträgt. Die Frage des Boykotts wird sofort bei Ausbruch des Streiks in den Vordergrund des Ganzen treten. Am geeignetsten für seine Abklärung schien unserem Mitarbeiter die Auswahl eines Mannes zu sein, der seit circa 10 Jahren das Kost- und Logiswesen abgehandelt hat und vom Gesellenverbande als derjenige Meister bezeichnet wird, der die besten Löhne in Berlin zahlt.“

Goßbäckereimeister Emil Thier, Eichhornstraße, war gern bereit, Auskunft zu geben. Seine Gesellen sind sämtlich ebenso mit dem Modus des außer dem Hause Schlafens und Essens zufrieden, wie er selbst. Die Mehrzahl von ihnen ist lange Jahre bei ihm und verheiratet. In der ganzen Zeit hat er nie etwas von Unpunktligkeit bemerkt. Herr Thier bezieht ausdrücklich, besonders darauf geachtet zu haben, da nirgends mehr als im Bäckereibetriebe notwendig sei, pünktlich zu liefern. Selbst die kleinste Verzögerung mache sich bei der Kundtschaft, die sehr pünktlich die Ware verlange, unliebsam geltend. Was ihn veranlaßt hat, die Leute außer Kost anzustellen, war neben den hohen Mietspreisen im Westen weniger der Kostpunkt, als der Geschmack der Gesellen. Bald war diesem, bald war jenem eine Speise nicht recht. Die Frage nach der Ehrlichkeit beantwortete Herr Thier damit, daß in großen Betrieben jeder Art, wo der Meister nicht selbst mitarbeite oder nicht stets anwesend sei und selbst das Material herausgibt, natürlich die Veruchung zur Beweiskraft nicht gering sei. Jedoch unterlägen dieser Veruchung weniger die Gesellen als die Hausdiener und das Ladenpersonal. Der Bäckereimeister verlange von seinen Angestellten Arbeit zu ungewöhnlicher Zeit. Diese verachte nicht jeder gern, daher habe man — Herr Thier will damit natürlich den Tausenden von tüchtigen und ehrenwerten Menschen, die im Bäckereigewerbe tätig sind, nicht im geringsten zu nahe treten, — gelegentlich mit Menschenmaterial zu rechnen, das streng überwacht werden müsse, wenn es nicht schandlich solle. Gegen diesen Uebelstand gebe es nur ein Mittel. Das sei die Abschaffung der Nachtarbeit. Diese sollten die Gesellen mit gleichem Nachdruck fordern, wie die Abschaffung jeder Sonntagsarbeit innerhalb der gesetzlichen Ruhepause. Es sei durchaus nicht not-

wendig, daß für einzelne große Restaurants, die ihren Gästen Sonntags abends frische Brötchen vorlegen wollten, Sonntags nachmittags mit behördlicher Erlaubnis gebacken würde. Weißbrot in größeren Stücken halte sich sehr wohl frisch genug, ja selbst Brötchen vom Vormittag könnte das große Restaurant leicht in eigenen Backöfen auffrischen. Wäre diese Anschauung allgemein anerkannt, so wäre auch die Abschaffung der Nachtarbeit durchführbar. Die Nachtarbeit sei durchaus nicht notwendig. Die Tagesarbeit könnte der vornehmen Familie, die am Frühstückstisch frische Brötchen Wert legt, diese sehr wohl bis 8 Uhr morgens liefern, wo sie aus dem Laden geholt werden können. Das jedem Bäckereimeister lästige „Frühstückchen“ solle alsdann fort. In diesem Moment sieht Herr Thier einen steilen Fehel für die Durchführung seiner Idee. Das Kinderzuschlaggesetz macht es täglich schwerer, geeignetes Personal zum Austragen in den Morgenstunden zu erhalten. Sollte das Austragen aber erst fort, würde erst zwischen 7 und 8 Uhr das Frühstück abgeholt, so sei der Meister ohne weiteres in der Lage, später zu beginnen. Wie Herr Thier unserem Gewährsmann mitteilte, sollen das Zentrum und die Sozialdemokratie beabsichtigen, die reichsweite Abschaffung der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe in die Wege zu leiten. Der Weg durch Reichsgesetz sei der einzig mögliche. Denn nur die allgemeine Durchführung solcher Maßnahmen sei von Wert, zumal die Bäder Süddeutschlands dieser Forderung weniger sympathisch gegenüberstehen als die Norddeutschlands. Daß es über kurz oder lang zur Abschaffung der Nachtarbeit kommt, ja kommen muß, davon ist Herr Thier fest überzeugt.“

Aus diesen Ausführungen geht wieder hervor, was uns schon lange bekannt ist, daß einsichtsvolle Bäckereimeister, die nicht in blinder Wut das Streben der Gesellen auf Besserung ihrer Lage verurteilen, derselben Ansicht sind, wie wir, daß wir die Kost und Wohnung beim Meister schon längst hätten beseitigen sollen, um endlich auch mit weitergehenden Forderungen zu kommen.

In ihrer Innung machen natürlich die Berliner Meister schon tüchtig in Streikbrecherischneperei! Schon in der Versammlung am Dienstag wurde mitgeteilt, daß die Bäckereimeister von außerhalb 22 Streikbrecher angeworben hatten, die Dienstagabend im Innungspalast, Chausseestraße 103, eingeleitet wurden. Mittlerweile sind noch einige kleinere Trupps Arbeitswilliger angekommen, die nun den Innungen auf dem Halbe liegen. Die Innungsbauhähne sind jedoch, daß die Gesellen am Dienstag nicht den Streik beabsichtigen haben und maßregeln nun ins Blaue hinein. Dabei können sie nicht immer die Schafe von den Böden unterscheiden, und — da auch die Unorganisierten solidarisch für die Forderungen des Verbandes einstehen — werden oft gerade diese gemahregelt. Für die Verbandsmitglieder ist die Parole ausgegeben, zu schweigen oder mindestens vornehmlich zu sein. Dabei kommt es, daß die Unorganisierten mehr gemahregelt werden als Organisierte. Jetzt suchen nun die Innungen diese von außerhalb gekommenen Arbeitswilligen in die Stellen der alten Berliner Gesellen hineinzuwickeln. Wo in den letzten Tagen und Wochen schlechte Ware den Kunden geliefert wurde, kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß dort ungeübte Arbeitskräfte von außerhalb eingestellt worden sind. Gerade — und das ist das Markante an der Sache — in Arbeiterbezirken, im Osten und Norden, werden oft in Bäckereien familiäre dort beschäftigten Gesellen mit einem Schläge oder nach und nach wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen. Das schönt ist dabei, daß oft genug an Stelle der gemahregelten Unorganisierten Verbandsmitglieder treten. Auch sind von den Bäckern, die als Streikbrecher Verwendung finden sollten, eine Anzahl bereits Mitglieder des Verbandes geworden. Die Innungen machen in ihrer blinden Wut für den Verband die schönste Propaganda.

Die Berliner Bäckereimeister lassen in der Tagespresse und in den Innungsblättern keinen Zweifel darüber, daß sie absolut nicht für den Frieden sind. Den Leuten ist der Kamm ganz fürchterlich geschwollen. Namentlich sind es jetzt die im Osten domicilierenden Meister, die eine ziemlich drohende Sprache führen. So schreibt die neueste Nummer der „Concordia“ (Innungszeitung), daß die Meister im Osten sich sämtlich ehrenwörtlich verpflichtet hätten, die Forderungen nicht zu unterzeichnen. Sie hoffen, dadurch den Bäckereiarbeitern eine Niederlage beizubringen, daß die Bäckereimeister dann „wenigstens“ schon 3 Jahre Ruhe hätten.

Man sieht, die Bäckereimeister sind sehr fleißig. Aber — im Osten? Wo die prozentual best organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands wohnt. — Ob wohl wirklich alle Bäckereimeister das glauben, was die Innungsschreiber ihnen vorfabeln? Es scheint nicht so, denn auch aus dem Osten haben schon Bäckereimeister die Forderungen bewilligt, und es wird sich ja zeigen, ob im Ernst alle Meister an das Innungs-Evangelium glauben.

Der hiesigen Filiale des Bäckerverbandes wurde in den letzten Tagen von mehreren mit den Gesellen sympathisierenden Bäckereimeistern mitgeteilt, daß Polizeibeamte bei ihnen gewelen seien, die angefragt hätten, ob der Meister Schutz beim Streik brauche. — Wir wissen nun nicht, ob die Beamten von höherer Stelle beauftragt wurden, so eifrig für das Wohl und Wehe der Bäckereimeister zu sorgen, aber man muß dem Referenten der letzten Bäckerverammlung Recht geben, wenn er sagte, daß dies ein direktes Eingreifen der Polizei in den wirtschaftlichen Kampf zugunsten der Unternehmer bedeutet. Um so mehr als sich beide Parteien noch im Stadium der Verhandlungen befinden, und die Polizei (vielleicht unbewußt) die Verhandlungen vorbereitet, und so faktisch zum Streik treibt.

Lohnerhöhung in der Brotfabrik Sellmann-Chemnitz. Eine Lohnerhöhung von 2 % pro Kopf die Woche haben die Kollegen in der Sellmannschen Brotfabrik durchgesetzt; unter was für Umständen und Mitteln dieses möglich war, mag man aus folgendem Bericht entnehmen: Der Lohn beträgt jetzt 3 Mann a 13  $\mathcal{M}$ , 3 Mann a 19.50  $\mathcal{M}$ , je einer 20.50, 22.50 und 24.50  $\mathcal{M}$ . Hierzu kommt noch: zwei freie Brote und frei Kaffee, zusammen 1.50  $\mathcal{M}$ . Die Arbeitszeit beträgt bei der Tagelöhner 72 Stunden, bei der Nachtlöhner 80 Stunden. Der Stundenlohn beträgt demnach für den Mindestlohn für erstere 25  $\mathcal{S}$ , für letztere 21  $\mathcal{S}$ . Die Ueberstunden, welche noch immer gemacht wurden, fallen durch die Lohnerhöhung weg, dieselben werden, wenn es nötig und das Stellen einer Ausnahme nicht angebracht erscheint, mit 35  $\mathcal{S}$  bezahlt. Die Forderung, wieder eingereicht war, lautete auf den in Tarif vorgesehene 121-prozentigen Ortszuschlag für Privatbetriebe, was einer Lohnerhöhung von 2.89  $\mathcal{M}$  gleichkommt; außerdem wurde verlangt: Wegfallen der 7. Nacht bei der Nachtarbeit eventuell deren Bezahlung als Ueberstunden. — Die



Forderung war am 27. Februar eingereicht worden und den darauffolgenden Sonntag sollte eine Sitzung stattfinden, wo wir über den Tarif verhandeln wollten, wozu auch Herr Seltmann mit eingeladen war. Am 3. März erhielten wir auch Antwort auf unsere Forderung dahingehend, daß an eine Lohnerhöhung jetzt bei den ungünstigen Brotpreisen gar nicht zu denken sei, zur Veranschaulichung werde er nicht kommen, sondern er werde mit seinen Gehülften darüber Rücksprache nehmen und ihnen seinen Standpunkt mitteilen, im übrigen werde er nur mit seinen Gehülften im Kontor künftig über Löhne verhandeln. Das war die Antwort auf unsere minimale Forderung. Wir mußten nun auf andere Mittel sinnen, um zu unserem Ziele zu gelangen. Eine Sitzung mit den Lagerhaltern des allgemeinen Konsumvereins hatte den Erfolg, daß sie uns ihre Unterstützung zusagten in der Weise, daß wenn wir die Lohnerhöhung erhielten, sie auch dann dafür sorgen würden, daß genügend Brot von Seltmann umgelegt wird. Durch diese Sitzung hatte sich der Umsatz schon bedeutend erhöht, daß die Kollegen von dem 21. bis 26. März eine Lohnerhöhung von einer Mark ausgezahlt erhielten. Darauf haben wir uns mit der Leisner Mühle in Verbindung gesetzt; dieselbe ist an dem Unternehmen finanziell beteiligt und liefert durch Vertrag das ganze Mehl. Dieselbe hatte auch ein besonderes Interesse daran, wenn der Umsatz erhöht werden kann, denn der Verlust, den die Mäckerie hatte infolge erhöhter Steuern, würde eben dann durch einen größeren Umsatz an Mehl wieder vollumfänglich gedeckt. Durch diese Zusage und die Verpflichtung, welche wir übernommen haben, wurde eine Lohnerhöhung um noch eine Mark zugesprochen. Der Umsatz ist durch die Einleitung der Bewegung so gestiegen, daß ein Mann mehr eingestellt werden mußte und zeitweise war es nötig, noch eine Maschine zu stellen, um die Quantität zu liefern, nach welcher Nachfrage war. Unserer Verpflichtung, welche wir übernommen haben, sind wir somit nachgekommen. Es muß aber unter Betreiben sein, den Umsatz zu erhöhen, daß für die Dauer 10 Mann beschäftigt werden können, weil dies eine Erleichterung für uns in der Arbeitsleistung ist. Es wird den Umsatz für die Dauer hochhalten können, ist abzuwarten und müssen hierzu verschiedene Wege eingeschlagen werden. Zunächst müssen wir dauernd mit den Lagerhaltern uns in Verbindung setzen, zweitens müssen wir die Gewerkschaften für das Seltmannsche Brot zu interessieren suchen und drittens müssen wir in der Öffentlichkeit und vor allem die Konsumvereinsmitglieder für die Unterstützung auffordern. Es wurden im Jahre 1902 bis 1903 circa 16 500 Brote im Konsumverein umgelegt wöchentlich; an der Pflanzung sind aber noch gegen 50 Bäder beteiligt; 8000 Brote werden von uns jetzt geliefert. Den Umsatz noch um einige Hundert zu erhöhen, muß unser Ziel sein, damit dauernd 10 Mann Beschäftigung haben. Es liegt aber auch im Interesse des Publikums, unter Brot vorzuziehen gegenüber dem des Kleinbäckers; erstens weil es damit unsere Gewerkschaft unterstützt und zweitens weil es jetzt noch die unrentable Geschäftsförmigkeit wie die Brotproduktion beim Kleinbäcker vorzuziehen leistet. Das Publikum legt sich im weiteren noch der Gefahr aus, daß es Bäder unterliegt, die den Maximalarbeitsstag überschreiten. Traurig, aber wahr ist es, daß sich die Organisation noch dazu hergeben muß, für die Unternehmer Gelderdienste zu verrichten, um einigermaßen für sich Vorteile zu verschaffen. Hoffentlich werden die Chemiker Kollegen aus dieser Bewegung lernen, daß der Zusammenstoß zur Organisation unerlässlich ist, daß wir aber keine Rücksicht darauf nehmen können, ob eine Betriebsform existenzfähig ist oder nicht; das ist eben Sache der Unternehmer, daß sie sich führen und andere Preise fordern, eventuell müssen wir sie zwingen durch eine weitere Forderung mit entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn uns dann die Antwort wieder entgegengehalten wird: Wir müssen dabei zu Grunde gehen, wenn wir diese Forderung bewilligen wollen, so müssen wir antworten: „Geht zu Grunde! Wenn Ihr die Mittel nicht anwenden wollt zum gemeinsamen Vorgehen der Erzielung besserer Preise.“ Eine Produktionsform, die nicht einmal zu viel abwirft, daß sie die Arbeiter unabhängig bezahlen kann, ist nicht wert, daß sie besteht.

### Das traurige Schicksal eines Arbeitswilligen.

Aus Darmen wird uns folgendes berichtet:  
Am 2. Mai erlitt der Fabrikarbeiter Andreas Speiser seine 18 Jahre alte Schwägerin Adele Gumbel, nachdem er vorher durch Halsbeschwerden seine Schwägerin, die Witwe Gumbelmeier, schwer und seine Eltern leicht verletzt hatte. Speiser war seit zwei Jahren verheiratet, doch war die Ehe keine besonders glückliche. Die Frau verließ ihren Mann am verlassenen Samstag heimlich unter Mitnahme der Möbel und flüchtete zu ihrer Mutter, Sauerstraße 7. Über den verlassenen Ehepartner besorgte sich dessen Mutter in die Wohnung der Schwägerin und forderte seine Frau zurück. Als dies nicht gelang, zog Speiser einen Revolver, aus welchem er vier oder fünf Schüsse auf die am Boden liegende Frau richtete. Da die Wunde genau ins Herz und tief ins Gehirn. Die Witwe Gumbelmeier wurde noch dem Krankenhaus gebracht, wo sie operiert wurde. Es ist mit dem Leben davon kommen wird, ist noch fraglich. Der Vater ist am 26. April 1875 im Sommergarten in Speyer gestorben. Er war früher Bäcker, eine Leidenschaft auf der Strohmatten beschäftigt und wachte schon seit Jahren in Darmen.  
Speiser war bei dem Streik bei der Firma Dender in Oberfeld im vorigen Herbst einer der ersten Arbeitswilligen, die diesen Streik ablehnten. Er hätte sich nicht scheuen können, sich mit den Kollegen in die Arbeit zu begeben, wenn er nicht die Schwägerin seiner Frau hätte. Als Speiser unter anderen Umständen Kollegen, die über kein anderes Mittel Bescheid zu bekämpfen und ihn zu überzeugen, daß er nur ein Werkzeug der Frau ist, um den Lohn nach seiner Frau zu bekommen, diesen erzielte. Die vielen Verwundungen Dender hatten und die Schwägerin, kaum war der Streik durch eine friedliche Übergang beendet, so gingen auch schon die Produktionsanforderungen an Erfüllung. Dender stellte sich nach und nach wieder her, gut eingearbeiteten Leute wurden an und die Streikbrecher sagten einer nach dem anderen wieder zuhause. So nach Speiser war 2 Monaten. Dender ist in letzter Zeit wieder gekommen und dies wird auch die Schwägerin wieder sehen sein zu seiner Zeit.  
Wir wünschen Ihnen Glück hier nicht, um kein Streikbrecher zu sein, sondern um zu den vielen anderen einwilligen Erklärungen, die die Kollegen in ihrer Person solche Helfer in der Not sind, die mit uns und unsern Kollegen, nach einer un-

Hier sei auch gleich hinzugefügt, daß es den anderen Streikbrechern von damals nicht besser ging. So dem Kollegen, der von den 16 allein in Arbeit blieb. Lehrhorst heißt er. Er war damals Teigmacher, hatte somit den wichtigsten Posten inne, ohne dessen Verbleiben Dender wahrscheinlich hätte gleich nachgeben müssen, was ja auch für ihn besser gewesen wäre, als daß ihm erst durch den Boykott ein so empfindlicher Schaden zugefügt wurde. Also Lehrhorst blieb allein in Arbeit, dafür wurde ihm von D. der Meisteposten versprochen. Was ist ihm aber geworden? Er blieb nicht nur nicht Teigmacher, sondern fiel von einer Stufe zur anderen herunter und hängt jetzt nur noch so an einem Faden, um nicht heranzufallen. „Schmeiß doch den Kerl von der Waage weg!“ Solches und ähnliches mußte er hören von seinen Vorgesetzten und von Dender. Dann, als er sah, wie er betrogen war, erkannte er seine Sünden und frug eines Tages ein Mitglied, ob er nicht wieder eintreten könne. Er versicherte auch, sich nie wieder als Streikbrecher verhalten zu lassen. Vielleicht fühlte er dann wieder seine Machtlosigkeit seinem Arbeitgeber gegenüber und suchte nun eine Stütze in den Verband, weil seine Stellung wackelig wurde. Das kann aber nie mehr angehen, da er sich früher schon einmal in einer Maschinenfabrik als Streikbrecher gebrauchen ließ.  
Das sind mahnende Beispiele für alle, die zu wählen haben zwischen Verrat und Solidarität an ihren Kollegen.

### Bäckerbewegung im Auslande.

Die Lohnbewegung in Wien. Am 29. April fand in Wien eine Massenversammlung der Gebäcksträger statt, welche den kämpfenden Bäckerarbeitern ihre Sympathie und eifrige Unterstützung aussprach. Der Versuch der Bäckermeister, diese Leute zu Streikbrecherdiensten zu überreden, wurde mit Entrüstung zurückgewiesen.  
Am selben Tage fanden Verhandlungen der Vertreter der Meister und Gehülften statt.  
Es ergab sich, daß in einer Reihe mehr nebenwärtlicher Punkte eine Einigung erzielt werden konnte, doch bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit stellte sich zwischen den beiderseitigen Vorschlägen eine wesentliche Differenz heraus, die unausgeglichen blieb. Die Vollversammlung der Meister wird am nächsten Mittwoch stattfinden, doch werden die beiden Komitees am Dienstag vorher noch einmal zusammenzutreten, um über die Bedingungen einer Einigung zu beraten. Bleiben die Meister bei ihren einfach unannehmbaren „Jugendbündnissen“, so werden die Bemühungen der Gehülftenvertreter, einen friedlichen Abschluß herbeizuführen, vergeblich gewesen sein und es wird zum Kampf kommen. Die Meistervertreter wollten eine Alltägliche Anwesenheit im Betriebe und eine 10stündige effektive Arbeitszeit gewähren; ferner schlugen sie drei Lohnkategorien vor, und zwar Vorarbeiter mit 30 Kronen und Müllersarbeiter mit 18 Kronen Mindestlohn pro Woche. Unter Vorarbeiter sollen Mäcker, Helfer, Zusammenarbeiter und Schwarzmäcker mit mehr als zwei Schuss tägliche Erzeugung gemeint sein, unter Vorarbeitervertreter Mäcker, Müllersarbeiter, Auskühler, Backmeister, unter Müllersarbeiter die Frau. Die Arbeitswoche solle für den Arbeiter täglich sein. Ueberstunden sollen nicht doppelt, sondern nur besonders bezahlt werden. Der Bezug der Arbeitskräfte soll nicht vom Verband der Bäckerarbeiter, sondern nach Belieben des Meisters erfolgen. Dagegen stimmten sie der Vereinfachung von Kopf und Logis im Hause des Meisters zu, ferner auch der Gleichstellung des 1. Mai mit dem Sonntag, den im wesentlichen bereits zumeist bestehenden Nebengebühren im Punkte 4. der Verwendung von Tagelöhnern zu Ofentemperaturen, Holz- und Kohlenarbeiten, der Separatvergütung für das Ausheizen des Ofens, wovon jedoch der Reinigung 2 Kronen erhalten solle, der Beistellung von Handtüchern und Waschoberflächen und endlich der Anerkennung der Organisation. Es zeigte sich auch, daß über das Lehrlingswesen nach den von den Gehülftenvertretern gemachten Propositionen eine Einigung erzielt werden könne. Doch sind alle diese Zugeständnisse mehr nebenwärtlicher Natur, die nicht geeignet sind, die weitgehenden Differenzen bezüglich der Arbeitszeit, Arbeitslohn und der Löhne auszugleichen. Hoffentlich wird es sich die Meisterschaft bis zum Dienstag noch gründlich überlegen und es nicht zum Bruch kommen lassen. Die Gehülftenchaft wird ihre entscheidenden Beschlüsse am Donnerstag nach der Vollversammlung fassen. Der Verband der Bäckerarbeiter hat seit der letzten Gehülftenversammlung in Wien bereits mehr als 1500 Mitglieder gewonnen, was wohl der beste Beweis für die Fruchtbare der Wiener Bäckerarbeiter in eine ernste Lohnbewegung durchzuführen.  
Aus Skandinavien. Der achte Verbandstag unseres norwegischen Bruderverbandes ist jetzt eröffnet worden. Derselbe findet statt in Christiania und wird am 2. Juni eröffnet werden. Wie aus der bereits in der Nummer unseres Bruderverbandes veröffentlichten Tagesordnung zu ersehen ist, werden sehr wichtige Fragen zur Verhandlung gelangen. Namentlich nimmt das Unterhaltungsamt einen Platz ein und die Mitglieder werden persönlich in ihren Vorträgen zum Ausbau des Unterhaltungsamtes Gehör zu verschaffen. Am meisten interessiert der Verbandsvorstand, der die Arbeitsunterstützung auf 150 Kronen pro Tag bis zu höchstens 70 Tage im Jahre festsetzen lassen will. Der Vorstandsvorstand würde weiter einen Agitationsbeitrag von 1 Krone pro Jahr und Mitglied und ferner wird der Verbandstag Stellung zu nehmen haben gegen den Angriff der Meisterschaften auf das Lehrlingswesen, zu dem Gegenstandesvertrag mit den Bruderverbänden in Dänemark und Schweden, zum Verhältnisse von. Auch liegt eine Frage vor, ob die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Verbindung kommunaler Arbeiter nicht ihrem Programm einbringen könnte und wird auch außerdem die Frage der Gründung autonomer sozialistischer Bäckervereine größte Aufmerksamkeit zuwidmet werden. Hinsichtlich des Lehrlingswesens als besonderer Punkt der Tagesordnung ist Verhandlung vorgesehen. Ein Antrag wird die Festlegung des Verbandes von Christiania nach dem nordischen Beispiel voran, weil die Streikbrecher, die ihn und nicht weniger Zentralverband und Lokalverband in Christiania waren, die Freiheit kennen. Wir glauben nicht, daß diesem Antrag entgegengekommen werden kann. Denn es ist kein gangbarer Weg. Wenn wir, daß der Verbandstag unterer in der letzten Geldperiode die gemeinsamen norwegischen Bruderverbände zum Vergleich gezogen wird und damit der gesamten norwegischen Kollegenchaft.  
In Schweden ist eine bedeutungsvolle Vereinbarungen eingeleitet worden. Der letzte unserer Bruderverbände, ein autonomer Arbeiterverband in Stockholm ist auf demselben Grundes von beiden Verbänden übernommen worden. Nach langem Verhandeln ist ein gemeinsamer Bruderverband und der Organisation der Ar-

beitgeber ist ein Vertrag zustande gekommen, der diese Verhältnisse stellt. Unter den wichtigsten Bestimmungen des Vertrages nennen wir: Arbeiter, der durch den Arbeitsnachweis Arbeit nachgewiesen haben will, muß aktives Mitglied des schwedischen Bäckerarbeiterverbandes sein. Dagegen sind selbstständliche Arbeiter auch in erster Linie die Mitglieder der Meisterschaften vom Arbeitsnachweis zu berücksichtigen. Außerhalb der Meisterschaften stehende Arbeitgeber erhalten in zweiter Linie Arbeitskräfte nachgewiesen und haben dafür eine dreimal so hohe Vermittlungsgebühr zu entrichten, als die organisierten Arbeitgeber. Die Gebühren für organisierte, sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, betragen 1.50, 2 bis 2.50 Kr., je nach der Höhe der Lohnklasse, zu welcher der betr. Arbeiter eingestellt wird. Die Kosten für den paritätischen Arbeitsnachweis tragen beide Organisationen gemeinschaftlich. Mitglieder ausländischer Organisationen, mit welchen eine der beiden vertragschließenden Organisationen im Gegenständigkeitsverhältnis steht, haben dieselben Vergünstigungen wie die Mitglieder der beiden Organisationen selbst. Bei Streiks oder Aussperrungen hat der Arbeitsnachweis seine Tätigkeit einzustellen. Der Arbeitsnachweis wird verwaltet von einer aus je drei Mitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation bestehenden Kommission. Der Vorsteher des Arbeitsnachweises wird von den Arbeitgebervertretern in der Kommission gewählt und zwar haben sie von drei ihnen von der Arbeiterorganisation vorgeschlagenen Kandidaten einen zu wählen. Sein Gehalt wird von den beiden Organisationen bestimmt. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet von 4-9 Uhr vormittags und von 1-8 Uhr nachmittags, Montags von 1-7 Uhr vormittags und 1-8 Uhr nachmittags.  
Der Vertrag gilt zunächst vom 1. April 1904 bis 1. Oktober 1906, mit sechsmonatlicher Kündigungfrist. Wird der Vertrag zum Oktober 1906 nicht gekündigt, so bleibt er unter gleichen Bestimmungen auf weiter je ein Jahr bestehen.  
Dieser Vertrag ist überaus wichtig. Zunächst schon des Prinzips wegen, sodann aber auch der Sache halber und der Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Der Versuch der Arbeitgeber, Maßregelungsburden zu schaffen, ist gescheitert und die anderweitigen Versuche, Zerstückelungsbindungen zu gründen, werden durch den Arbeitsnachweis naturgemäß zu Schaden. Nur eines will uns nicht recht in den Sinn: Wozu die hohen Gebühren für organisierte Arbeitgeber und Arbeiter. Die Arbeitsvermittlung sollte dort, wo sie auf paritätischer Grundlage geregelt wird, unter allen Umständen für die Mitglieder der vertragschließenden Organisationen gebührenfrei sein. Denn hierfür zahlen sie ihre Beiträge an die Organisationen, zu deren naturgemäßen Aufgaben die Arbeitsvermittlung gehört, so lange die Einrichtung nicht auf staatlichem oder kommunalem Wege organisiert wird. Es entspricht nicht dem sozialen Charakter eines paritätischen Arbeitsnachweises, solche Gebühren von den organisierten Arbeitern bzw. Arbeitgebern zu erheben. Was würde man sagen, wenn die Kommunen oder der Staat sich auf diesem Wege eine Einnahmequelle verschaffen würde? Die Motivierung hätte man ja selbst sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmerseite hinzugegeben. Und außerdem, für den arbeitslosen Arbeiter sind 2.50 Kr. gleich 2.81 Kr. keine Kleinigkeit!  
Der Fachverein der Konditorei- und Konfekturarbeitern in Stockholm hat sich mit dem 1. April d. J. unserem Bruderverband angeschlossen. — In Strömstad, Desterlund, Karlskrona und Ronneby bestehen noch Komitees. Derselben bestehen die alten, von uns früher erwähnten Boykott unzerstört fort in Wisby, Gohlsburg, Vänersborg und Malmö.  
Die Wiener Bäcker sind in Paris, namentlich im Innern der Stadt sehr zahlreich vertreten; die darin beschäftigten Arbeiter sind fast ausschließlich Deutsche, Oesterreicher und Ungarn. Dieselben haben bisher einen sogenannten Freundschaftsklub gebildet und haben sich der gewerkschaftlichen Bewegung ihrer französischen Kollegen ferngehalten. Dieser Tage nun hat eine Versammlung dieses deutschen Klubs stattgefunden. Unter Klodde Housquet, der Leiter des französischen Bäckerarbeiterverbandes sprach über die Notwendigkeit der internationalen Organisation der Arbeiterchaft und forderte zum Anschluß an die französische Organisation auf. Die Versammlung beschloß dem auch unter großem Jubel den Anschluß an den französischen Verband als eine besondere Sektion; die französischen, deutschen und österreichischen Kollegen vereinigen sich hierauf zu einem gemeinsamen Freundschaftsklub.  
Ein Verzweigungsstreik aus den Bäckervereinen Russlands. Der „Tribune russe“, dem Organ der russischen Revolutionäre, das in Paris erscheint, schreibt man aus Moskau: Die Bäckerarbeiter von Moskau beginnen aus ihrem langen Schlaf zu erwachen. Die Lage dieser Arbeiter ist eine so miserabel, daß man sich im Westen Europas keine Vorstellung hiervon machen kann. Dieselben haben das ganze Jahr hindurch keinen einzigen Ruhetag; sie arbeiten selbst während der heftigen Winterzeit. Ihre tägliche Arbeitszeit beträgt 15-18 Stunden. Für diese Arbeit erhalten sie nicht mehr denn 20 % pro Monat.  
Ihr Leben unterscheidet sich nur wenig von dem eines Gefangenen. Als Wohnung dient ihnen in der Regel ein miserables Loch im Souterrain, in welchem ein unbeschreiblicher Schmutz aufgehäuft ist; sie schlafen auf Holzkisten oder auf dem Erdboden und die Fenster ihrer Wohnung sind immer geschlossen und mit Müllern verladen. Der Eingang zu diesem schrecklichen Loch geht durch den Boden, beziehentlich die Mäckerie; es ist verboten, einen anderen Ausgang zu benutzen, damit der Meister leichter Kontrolle üben kann.  
Gegen Ende des Monats März brach bei der großen Firma Philippot ein Streik aus, der aber, da eine Organisation nicht vorhanden war, für die Arbeiter vollständig resultatlos verlief. Jetzt haben einige mutige Kollegen einen Aufruf an alle Bäckerarbeiter von Moskau erlassen, um diese zum Zusammenschluß zu bewegen. Sie stellen eine Reihe Forderungen auf, unter denen wir folgende hervorheben:  
Erhöhung der Löhne auf 65 M pro Monat für die Erwachsenen, auf 55 M pro Monat für die zweiten Kräfte und 12 M für die Lehrlinge; Verkürzung der Arbeitszeit auf 16 Stunden pro Tag, doppelter Lohn für Sonntagsarbeit; Aufhebung der Schlafräume im Keller; Verkürzung der Holzspalten und Vergabe eines Anteils an Brot; Anstellung von besonderen Brotsträgerinnen (Frauen) müssen dies die Gezellen während ihrer freien Zeit besorgen; Aufbringung einer Arbeitsordnung in den Werkstätten.  
Das sind die wichtigsten Forderungen unserer Moskauer Kollegen. Hoffen wir, daß es denselben gelingen möge, durch Organisation aus dem Zustand der Elend herauszukommen zu einigermaßen menschenwürdigen Leben.